An der marxistischen Auffassung vom Krieg festhalten

Seite 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 15 vom 12. April 1975 9. Jahrgang 50 Pfennig

Großartige Siege des Volkes in Vietnam, Kambodscha kurz vor der Befreiung

Es lebe der Sieg im Volkskrieg!

„Bild am Sonntag", 6. April: „Das ist das wahre Gesicht des Krieges in Vietnam: ein weinendes Kind, hilflos, verzweifelt, allein. Ein Kind, das seine Arme den Erwachsenen entgegenstreckt, von denen es Mitleid erwartet. Ein Kind, aus dessen Antlitz, aus dessen Geste nur eine Bitte spricht: helft uns, rettet uns!" Die Mörder heucheln Mitleid mit ihren Opfern! Die Mörder der Väter und Mütter von hunderttausenden von Kindern in Vietnam, sitzen in Washington und Saigon. Und „Bild" hat noch immer die Verbrechen der amerikanischen Imperialisten und ihrer Lakaien in Saigon in den Himmel gehoben und ihnen den Mantel der „Verteidigung der Freiheit" und der „Menschlichkeit" umgehängt. Die Kampagne von „Bild" zur „Rettung der Kinder" in Vietnam und ihr „Appell", im „Interesse der Kinder die Waffen 48 Stunden schweigen zu lassen", ist nichts als eine Kampagne von Verbrechern, die sich den Mantel der Kinderliebe umgehängt haben.

Saigon transportieren? Sie werden Waffen und Munition an Bord haben, um das Leben des faschistischen Regimes Thieus zu verlängern, sie werden Soldaten an Bord haben, die nicht wie „Bild" sagt, „den Verletzten und Obdachlosen helfen können", sondern die herbeigeschafft werden, um den Befreiungskampf des Volkes zu unterdrücken. Hat sich nicht der amerikanische Präsident Ford bereits beeilt, einen General nach Saigon zu schicken und seine Marineinfanteristen auf Okinawa in Alarmbereitschaft versetzt? Hat er nicht auch bereits 700 Marineinfanteristen nach Südvietnam in Marsch gesetzt, angeblich





Es lebe der Sieg ! (Holzschnitt)

Nicht um die Rettung der Kinder geht es den Imperialisten und ihrem Sprachrohr „Bild", sondern um die Rettung der Macht und der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten und ihrer Marionette Thieu in Südvietnam, um die Vorbereitung neuer Verbrechen und Aggressionen gegen das vietnamesische Volk. Eine Luftbrücke muß eingerichtet werden, fordert „Bild". Was aber werden die Flugzeuge nach

um bei der „Evakuierung von Flüchtlingen" zu helfen?

Und hat nicht Bundeskanzler Schmidt offen erklärt: „Wo die

Fortsetzung auf Seite 9

Hannover: Kampf gegen Fahrpreiserhöhung

D"K"P Seite an Seite mit der Polizei

In der ersten Aprilwoche hat in Hannover der Kampf der Bevölkerung gegen die Erhöhung der Verkehrstarife begonnen. Weit über zehntausend Menschen demonstrierten auf den Straßen Hannovers gegen die Fahrpreise, die unverschämt erhöht wurden: Rentner und Schüler z. B. sollen 150% mehr bezahlen. Jetzt schon hat die Verkehrsgesellschaft Hannovers Üstra eine weitere Fahrpreiserhöhung für Juni angekündigt. Wieder so wie 1969 – sagen viele Hannoveraner, denn damals gelang es der Bevölkerung durch militante Aktionen die Fahrpreiserhöhung zu verhindern.

Fortsetzung auf Seite 6



Nacht - und Nebelabschluß bei Chemie

Eine Provokation für alle Kollegen

Als die Chemiearbeiter nach Ostern wieder in ihren Betrieben erschienen, sollten sie erfahren, daß die Entscheidung über die Höhe ihres Lohns für das kommende Jahr bereits am Gründonnerstag gefallen ist. In aller Stille entschieden IG Chemie-Vorstand und Kapitalistenverband „Arbeitsring" Chemie den Lohnraubabschluß von 6,8%, „verzuckert" durch ein sogenanntes „Arbeitsschutzabkommen".

Danach soll allen Kollegen, die über 50 Jahre alt sind und über 10 Jahre Zugehörigkeit zum gleichen Betrieb nachweisen können, bei Kündigung drei Monate lang das ganze Gehalt (natürlich ohne Zulagen) und drei weitere Monate 90% des Gehaltes gezahlt werden. Desweiteren sollen diejenigen Arbeitslosen, die mindestens 8 Jahre in der Chemieindustrie und davon vier Jahre im gleichen Betrieb tätig waren, vom „Verein" 15% des Arbeitslosengeldes zugezahlt bekommen.

Doch die Jungarbeiter? Oder die umgeschulten älteren Kollegen? Und die Hilfsarbeiter? Und die Kollegen, die den Betrieb, aus welchen Gründen auch immer, wechseln mußten? Sie machen mehr als die Hälfte aus. Aber für sie ist nicht einmal dieser minimale Brocken abgefallen. Und zwar hauptsächlich deshalb, um eine einheitliche Kampffront der Chemiearbeiter für ihre berechtigten Forderungen zu spalten, um die Kollegen in zwei Gruppen zu teilen. Lieber geben die Chemiekapitalisten einem Teil der Kollegen ein paar Trostpflästerchen ab, als durch eine mächtige einheitliche Kampffront gezwungen zu werden, auf die tatsächlichen Forderungen der Chemiearbeiter eingehen zu müssen. Daß die angepriesenen „Verbesserungen" nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein sind, kann man sich leicht ausrechnen, wenn man sich in die Lage eines über 50jährigen Kollegen versetzt, der auf die Straße geworfen wird. Für ihn zählen nicht hauptsächlich die paar Mark mehr,

Fortsetzung auf Seite 3

AUS DEM INHALT

NRW: KPD/ML zur Wahl zugelassen . . 2
Im Kampf gegen rote Kandidaten: Manipulation, Betrug, Entlassung! . . . 2
ÖTV-Betriebsgruppe Bochum: Kollegen kämpfen gegen Ausschluß 3
Gegen die Entstellungen der Revisionisten an der marxistischen Auffassung vom Krieg festhalten! . . 5
Großstädte für Ausländer tabu! . . 6
Vertrauensärzte im Kapitalismus . . 6
Genosse H. Brenner vor Gericht . . 7
Nach dem Hungerstreik: Isolationshaft wird verschärft 7
Genfer Konferenz: Eine Falle für die arabischen Völker 8
Tatsachen entlarven KSZE-Schwindel 8
Portugal: Sozialimperialisten finanzieren Cunhal 8

NRW

KPD/ML zur Wahl zugelassen

Am 4. April wurde unsere Partei zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zugelassen. Über 5 000 Werktätige haben im Februar die Zulassung durch ihre Unterschrift unterstützt. Die Partei hat in Dortmund, Duisburg, Bochum und Köln insgesamt 19 Direktkandidaten aufgestellt. Unsere Landesreserveliste umfaßt alle Direktkandidaten und wird angeführt vom Vorsitzenden der Partei, Genossen Ernst Aust.

In den anderen Bundesländern, in denen Ende 1974/Anfang 1975 Landtagswahlen stattfanden, hat die Partei zum Wahlboykott aufgerufen. Wenn wir in NRW wie im vergangenen Jahr bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg eigene Kandidaten aufstellen, dann verbreiten wir nicht wie die Gruppe Rote Fahne die Illusion, daß es uns heute möglich sein könnte, als Kommunisten ins Parlament zu kommen. Auch wenn wir genügend Einfluß unter den Massen hätten, was heute noch nicht der Fall ist, würde uns die Bourgeoisie höchstwahrscheinlich verbieten, bevor wir die 5%-Klausel überspringen.

Widerspricht es sich nun, wenn die Partei hier zum Wahlboykott und dort zur Wahl der KPD/ML aufruft? — Warum beteiligt sich die KPD/ML überhaupt an Wahlen?



Demonstration zur Bürgerschaftswahl in Hamburg (Februar 1974)

Weil wir als Kommunisten jede sich uns bietende Gelegenheit ausnutzen, um sozialistisches Bewußtsein, um Verständnis für die revolutionären Aufgaben der Arbeiterklasse zu wecken, um den Kommunismus zu propagieren. Dabei bieten sich uns unter anderem auch die Wahlen an. Ob wir sie boykottieren oder an ihnen teilnehmen, entscheiden wir aufgrund einer Untersuchung der bestehenden Situation.

In der heutigen Situation sind unsere Möglichkeiten der Aufstellung eigener Kandidaten von vornherein beschränkt. Mit den Wahlen stellt die Bourgeoisie den Kommunisten eine Falle, um möglichst viel über Zusammensetzung und Aufbau der Partei herauszubekommen. **Wir werden nicht wie die Gruppe Rote Fahne, die in fast allen Wahlen der letzten Zeit hunderte von Kandidaten aufgestellt hat, dem Klassenfeind die Namen unserer Kader und Genossen preisgeben, soweit sie der Bourgeoisie nicht ohnehin bekannt sind.**



Landtagswahl in NRW: Wahlagitation in Dortmund

Die Zulassung zur Wahl bedeutet aber nicht, daß wir nun ungehindert unsere Wahlagitation entfalten könnten. Dies zu glauben, wäre eine Illusion. Schon in Hamburg hat die Bourgeoisie versucht, die Kundgebungen der Partei zu unterdrücken und auch in NRW hat die Polizei bereits öfter die Personalien von Flugblattverteilern festgestellt, Propagandamaterial beschlagnahmt und versucht, uns beim Fernsehen zu benachteiligen.

Die Resonanz der Bevölkerung, besonders unter der Arbeiterklasse, auf unsere bisherigen Wahleinsätze — sowohl beim Wahlboykott z. B. in Schleswig-Holstein, als auch in NRW — haben bestätigt, wie richtig es ist, die Illusionen über das bürgerliche Parlament zu bekämpfen. **In NRW bekamen wir für unsere Wahlvorschläge in kürzester Zeit erheblich mehr Unterschriften als erforderlich, weil uns die Massen bereitwillig unterstützten.**

Auf unser Faltblatt, das in einer Auflage von 500 000 Exemplaren an die Werktätigenhaushalte in unseren Wahlkreisen verteilt wurde, erhielten wir viele Zuschriften und Bestellungen des ROTEN MORGEN. Bei den Hausbesuchen, die unsere Genossen während der Wahl verstärkt durchführen, bekunden viele Werktätige ihre Sympathie für die Partei, finden wir unsere Einschätzung bestätigt: Großes Vertrauen in die bürgerlichen Parteien besteht nicht mehr. Aber viele meinen noch, mit der einen oder anderen bürgerlichen Partei das kleinere Übel zu wählen.

Jeder Arbeiter, jeder Angestellte, wir alle müssen uns merken: Auf parlamentarischem, auf friedlichem, auf dem Weg über den Stimmzettel können wir unsere Lage nicht ändern, können wir das kapitalistische System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht beseitigen und an seiner Stelle die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen errichten. Das hat die Geschichte der letzten 50 Jahre eindeutig bewiesen. Ohne Anwendung von Gewalt gegen die Gewalttäter, in deren Händen sich Waffen und Machtorgane befinden, kann das Volk nicht von den Gewalttätern befreit werden!

Im Kampf gegen rote Kandidaten

Manipulation, Betrug Entlassung!

Die Betriebsratswahlen sind noch nicht in allen Betrieben abgeschlossen. Die Kapitalisten, der Gewerkschaftsapparat und die modernen Revisionisten der D„K"P haben in den vergangenen Wochen verstärkt Illusionen über die Funktion und die Möglichkeiten der Betriebsräte verbreitet. Sie wollen den werktätigen Massen weismachen, daß sie bei den Betriebsratswahlen die Möglichkeit hätten, ihre „Interessenvertreter" demokratisch zu wählen. Die Arbeiterverräter verschiedenster Schattierung versuchen den Arbeitern einzureden, die Betriebsräte seien Organe zur Durchsetzung ihrer Interessen im Betrieb, oder, eine „linke" Version davon: die Betriebsräte seien Instrumente zur Organisierung des Kampfes der Arbeiter im Betrieb.

Der bisherige Verlauf der Betriebsratswahlen liefert jedoch genügend eindeutige Belege dafür, daß alle diese Theorien Illusionsmacherei sind. Nehmen wir zuerst einmal die Persönlichkeitswahl.

Der DGB-Apparat, der im Dienste des Monopolkapitals die Arbeiter vom Kampf für ihre Interessen abzuhalten versucht und der selbst unmittelbar an der Unterdrückung der Arbeiterklasse miswirkt, hat ein demagogisches Geschrei für Einheitslisten angestimmt und sich unverfroren als Hüter der „Einheit der Arbeitnehmerschaft" aufgespielt. Die D„K"P-Revisionisten scheuten sich nicht, dieses verlogene Einheitsgeschrei zu unterstützen. Die D„K"P-Revisionisten entfalteten eine sozialfaschistische Hetze gegen die Aufstellung fortschrittlicher oppositioneller und roter Listen. Natürlich sollte mit all diesem Geschrei von Einheit nur verhindert werden, daß die Arbeiter den Bonzen und Verrätern eine Absage erteilen. **In fast allen Fällen wurden die Einheitslisten hinter dem Rücken der Belegschaft auf Vertrauensleutesitzungen zusammengestellt, wobei der Gewerkschaftsapparat und die D„K"P-Revisionisten bzw. die etablierten Betriebsratscliquen Regie führten. Wo es ihnen nicht gelang, revolutionäre Arbeiter von vorneherein von den Listen fernzuhalten, versuchten sie, sie nachträglich auszuschalten, wobei sie mit den Kapitalisten „vertrauensvoll zusammenwirkten" und zu den schmutzigsten Mitteln griffen.**



Bei Bauer-Druck in Köln beispielsweise wurde ein revolutionärer Kollege, der auf der Einheitsliste kandidieren wollte und zu diesem Zweck die Unterschrift von 126 Kollegen gesammelt hatte, kurz vor Aufstellung der Liste fristlos entlassen und durch Polizei vom Werk geschleppt. Dies geschah auf gemeinsame Initiative der Bauer-Kapitalisten und des Betriebsrates. Bei Felten& Guilleaume in Nordenham wurde ein roter Betriebsratskandidat, der bereits auf der Vorschlagsliste der IGM stand, von einer Vertrauensleuteversammlung wieder von der Liste gestrichen, nachdem er aus der IGM ausgeschlossen wurde, weil er sich geweigert hatte, einen Revers der IGM zu unterschreiben und sich von der KPD/ML zu distanzieren. Trotz massiver Drohungen und Behinderungen durch Werksleitung und Gewerkschaftsapparat erhielt der Kollege daraufhin die notwendigen Unterschriften, um als Einzelkandidat auf einer Roten Liste kandidieren zu können. Die IGM verteilte nun ein Hetzflugblatt gegen den revolutionären Kandidaten, das einen Bildzeitungsredakteur vor Neid erblassen lassen könnte. In diesem Schmierblatt wird die Belegschaft aufgerufen, sich gegen das „verabscheuungswürdige Handeln" des Kollegen zu wenden, der unser Land, „das wir alle mit viel Mühe und Opfern zu einem der stabilsten der westlichen Welt gemacht haben, in ein Chaos stürzen" wolle. Bei den Mannesmann-Röhrenwerken in Düsseldorf-Rath, wo die Wahl bereits stattgefunden hat, gelang es den Kapitalisten und ihren Handlangern nicht, zu verhindern, daß ein kommunistischer Kollege auf der IGM-Liste in den Betriebsrat gewählt wurde mit 1/5 der Stimmen. Dies war ein Sieg für die Arbeiter und unsere Partei. Aber jetzt wurde der Rote Betriebsrat aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, was nach dem Plan der Bosse und Bonzen nur das Vorspiel für seine Entlassung sein soll.

Genauso wie gegen die Versuche revolutionärer Kollegen, über die Einheitslisten in den Betriebsrat zu kommen, gehen Kapitalisten, Gewerkschaftsapparat und D„K"P-Revisionisten auch in vereinter Front gegen Rote Listen vor. Als auf der Zeche Blumenthal in Recklinghausen kommunistische Arbeiter die Initiative zur Aufstellung einer Roten Liste ergriffen, erpreßten die Bonzen der IGB und des alten Betriebsrats von so vielen Kumpels Unterschriften für die Bonzenliste, daß nur noch wenige übrigblieben, die die Rote Liste unterstützen konnten. Deshalb konnte die Rote Liste die notwendige Stimmenzahl nicht erreichen. Ähnlich war es auch bei Hoesch in Dortmund, wo durch Drohung mit Gewerkschaftsausschluß auf der Westfalenhütte und bei Phönix 5 000 Kollegen zur Unterschrift auf der Einheitsliste erpreßt wurden. Man muß dabei wissen, daß bei Hoesch faktisch Zwangsorganisierung in der IGM besteht (was im Zusammenhang mit der Montanmitbestimmung steht), wodurch Gewerkschaftsausschluß von vorneherein auch die Gefahr der Entlassung bedeutet. Bei KHD in Köln versuchten die Bonzen die Rote Liste dadurch auszuschalten, daß sie die Kollegen, die bereits unterschrieben hatten, mit Drohungen dazu bewegen wollten, ihre Un-

Fortsetzung auf Seite 4

Kurz berichtet

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Für die Bauern in Schleswig-Holstein erschien jetzt die erste Nummer der Bauernzeitung „Dat rode Land". Diese erste Bauernzeitung der Partei ist ein lebendiges Beispiel dafür, daß die KPD/ML sich von der korrekten, marxistisch-leninistischen Linie leiten läßt, die Werktätigen in Stadt und Land unter dem Banner der proletarischen Revolution zusammenzuschließen. „Nur an der Seite der Arbeiterklasse kann der Bauer das kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem durch die gewaltsame Revolution stürzen. Nur dann können Arbeiter und Bauern eine wirklich gesicherte Existenz haben, im Aufbau des Sozialismus. Arbeiter und Bauern — eine Kampffront", heißt es u. a. in „Dat rode Land", dessen erste Nummer Artikel zur Wahl in Schleswig-Holstein, zur EG, zu den Nato-Manövern und Enthüllungen aus den Dörfern Schleswigs enthält.

TIRANA

Am Mittwoch, den 2. April berichtete Radio Tirana in seinem Zweiten Programm über die Gründung der RHD: „In Hamburg, in Westdeutschland, fand aus Anlaß der Gründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS in revolutionärer Atmosphäre eine Großveranstaltung statt, auf der Genosse Bernd Reiser, Mitglied der Zentralen Leitung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS, das Hauptreferat hielt. Er erläuterte das Programm der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS als Organisation, die mit der mächtigen Waffe der proletarischen Klassensolidarität allen zur Seite tritt, die gegen Imperialismus und Sozialimperialismus für den Sozialismus kämpfen. Er erteilte allen revisionistischen und opportunistischen Spaltern eine scharfe Abfuhr und rief alle Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, Hausfrauen und Rentner und Jugendliche dazu auf, die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS im Kampf gegen die politische Unterdrückung, gegen fortschreitende Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates in Westdeutschland zu ihrer starken, einheitlichen Massenorganisation zu machen und ihre Reihen zu festigen. Ein Redner der KPD/ML begrüßte die Gründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS als wichtigen Schritt im Kampf gegen politische Unterdrückung in Westdeutschland."

DORTMUND

Am Karfreitag, dem 30. Jahrestag der Ermordung von 240 Antifaschisten durch die Hitlerschergen in Dortmund, ehrten Genossen der Partei das Andenken an die gefallenen Kämpfer in einer Gedenkfeier an der Gedenkstätte Bittermark. Die Genossen entlarvten das verlogene Geschwätz der Bonzen aus Regierung, DGB- und D„K"P-Führung, die versuchten, auf einer Feierstunde das Andenken an die Gemordeten zu mißbrauchen, um sich selbst als „Antifaschisten" und „Demokraten" herauszuputzen. Unter dem Gesang revolutionärer Trauerlieder legten die Genossen einen Kranz nieder.

BOCHUM/WESTBERLIN

In einer Resolution solidarisieren sich die Genossen der Zelle Opel Bochum mit dem gerechten Kampf des kambodschanischen Volkes und spenden 107 DM zur Unterstützung des Volkskrieges in Kambodscha.

Auf einer Feier anläßlich der Hochzeit von zwei Genossen in Westberlin verabschiedeten die Gäste eine Erklärung, in der sie allen politisch Verfolgten ihre Solidarität aussprechen. 120 DM für politisch Verfolgte wurden gespendet.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postf. 30 05 26. Pschkto. Dortmund Nr. 417 06–466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN

Genossen aus Kiel, 10 DM — Kunden des Thälmann Buchladens u. Besucher der Albanienveranstaltung, Kiel, 865 DM — R. L., Idar-Oberstein, 5 DM — N. W., Bochum, 12,50 DM — E. K., Etelsen 15 DM — RM-Lesekreis, Hamburg-Altona, für Februar, 70 DM — RM-Lesekreis, Hamburg-Altona, für März 90 DM — G. M., Berlin, 50 DM — M. S., Stockdorf, 20 DM — H. A. Baldingen, 17,50 DM — R. D. H., Bönen, 45 DM — W. K., Essen, 10 DM — K. R., Bremen, 224 DM — E. S., Hamburg, 7 DM — RM-Verkauf, Friedrichshafen, 12 DM.

Somit wurden in der Zeit vom 1. 3. bis 31. 3. 75 DM 1 453 für den RM gespendet.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

ÖTV - Betriebsgruppe Bochum

Kollegen kämpfen gegen Ausschluss

An der Ruhr-Universität Bochum haben sich Arbeiter und Angestellte, die in der Gewerkschaft ÖTV sind, zu einer revolutionären oppositionellen Betriebsgruppe zusammengeschlossen. Durch ihren Einsatz für die Belange der Kollegen und durch ihren unnachgiebigen Kampf gegen den Verrat des ÖTV-Apparates gewann die Betriebsgruppe zunehmend das Vertrauen der Kollegen und den Haß der ÖTV-Bonzen.

Diese versuchten zunächst durch den Ausschluß des Kommunisten J. Burmeister aus der ÖTV, der in der Betriebsgruppe mitarbeitet, die anderen Kollegen unter Druck zu setzen. Als dies nicht fruchtete, drohten sie allen Kollegen in der Gruppe mit Gewerkschaftsausschluß, und erklärten die ÖTV-Betriebsgruppe in einem Flugblatt für „illegal". Ihre hysterische Reaktion zeigt aber ganz deutlich, daß sie panische Angst haben vor dem revolutionären Einfluß der Betriebsgruppe unter den Kollegen. Ihre Hetzschrift zeigt es:

„Die ‚Betriebsgruppe in der ÖTV an der RUB' ist ein Häuflein Extremisten aller Schattierungen, die in anonymen Veröffentlichungen den Namen unserer Gewerkschaft mißbraucht, um nach aussen den Eindruck zu erwecken, sie vertrete die Meinung der ÖTV-Mitgliedschaft an der RUB und um innerorganisatorisch Mißtrauen unter der Mitgliedschaft zu säen, das die innergewerkschaftliche Solidarität zerstören soll." An anderer Stelle zitieren sie aus einem Offenen Brief des Genossen Burmeister an die ÖTV, und appellieren an die Kollegen, doch seinen Ausschluß zu verstehen: „Die politische Richtung der gen. Gruppe und die Berechtigung des Ausschlusses von Herrn Burmeister aus der ÖTV wurden z. B. durch folgendes Zielbekenntnis aus Burmeisters letztem Offenen Brief an die ÖTV dokumentiert: ‚Die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates durch bewaffnete Revolution der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen — mit dem Ziel eines einigen, unabhängigen, sozialistischen Deutschlands unter der Diktatur des Proletariats, der wirklichen Demokratie für die große Masse der arbeitenden Menschen.'

Wir bitten alle Beschäftigten an der RUB, die sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, die sog. Betriebsgruppe unter diesen Gesichtspunkten zu werten."

Die Herren von der ÖTV irren sich, wenn sie annehmen, daß die Betriebsgruppe bisher von den Kollegen nicht unter „diesen Gesichtspunkten" gewertet wurde. Sie hat ihr revolutionäres Ziel nicht verheimlicht, und findet trotzdem Sympathie und Unterstützung. Weder die besondere Hetze gegen den Genossen Burmeister, noch die anderen Druckmittel können die oppositionelle Betriebsgruppe in die Knie zwingen. Sie hat erkannt, daß man immer dann in unversöhnliche Widersprüche zum ÖTV-Apparat gerät, wenn man die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Die Betriebsgruppe schickte aus Anlaß der neuen Verschärfung ihres Kampfes in der ÖTV eine Resolution an den ROTEN MORGEN, die wir nachfolgend auszugsweise veröffentlichen.

DER KAMPF GEGEN DIE ÖTV-BONZEN ÖFFNETE UNS DIE AUGEN

(. . .) Zunächst bestanden bei uns noch Illusionen, daß man für eine „verbesserte Demokratie" in der Gewerkschaft eintreten müsse. Jedoch schon am Anfang machten uns die Bonzen vom Kreisvorstand Schwierigkeiten. Sie weigerten sich, ein kurzes Grundsatzprogramm der Betriebsgruppe abzudrucken, obwohl darin nur schwache Kritik an der Gewerkschaftsführung enthalten war.

Zuerst prangerte die Betriebsgruppe die Mauschelpolitik der Bonzen an, die jahrelang keine Vertrauensleute-Wahl gemacht hatten und verlangten eine Wahl in den einzelnen Abteilungen mit Kandidatenbefragungen.

Von da an hetzten die ÖTV-Bonzen gegen unsere Gruppe. Sie schickten an alle ÖTV-Mitglieder an der Ruhr-Universität Hetzbriefe, peitschten im Vertrauensleute-Körper einen Distanzierungsbeschluß durch und leiteten ein Gewerkschafts-Ausschlußverfahren gegen einen kommunistischen Kollegen ein. Aus diesen Erfahrungen lernten wir, daß wir den Kampf für unsere Interessen unversöhnlich und ohne Illusionen über die „Verbesserung des Gewerkschaftsapparates" gegen die Bonzen und ihre kapitalistischen Herren führen müssen. (. . .)

Den letzten schändlichen Schlag führten die Bonzen, indem sie von unseren Gewerkschaftsgeldern aufwendig gedruckte Flugblätter zu hunderten in der Universität und in anderen Dienststellen Bochums verteilten und aufhängten.

Verzweifelt drohend versuchen sie erneut, die Betriebsgruppe von den Kollegen zu isolieren und denunzieren gleichzeitig einen kommunistischen Kollegen als „einen der Initiatoren". Der Kampf gegen die ÖTV-Bonzen hat uns die Augen geöffnet, er hat unsere politische Einsicht vertieft und unseren Zusammenschluß verstärkt.

Nur der entschlossene Kampf der Kollegen aus eigener Kraft gegen die Gewerkschaftsbonzen und ihren Apparat, gegen ihre kapitalistischen Auftraggeber in Betrieb und Staat bringt uns weiter und zwingt sie, sich vollständig zu entlarven.

Mit gewerkschaftlichen Kampfesgrüßen! Die Betriebsgruppe in der ÖTV an der RUB.

Nacht-und Nebelabschluß bei Chemie

Fortsetzung von Seite 1

die er jetzt ein halbes Jahr lang bekommen soll. Für ihn zählt, daß er in dem Alter, wenn überhaupt noch, dann keinen gleichwertigen Arbeitsplatz mehr bekommt.

Die Kollegen in den Betrieben wissen das. Sie sind hell empört über diesen niederträchtigen Lohnraub. Und genauso groß ist ihre Empörung darüber, daß der Abschluß in einer Nacht- und Nebelaktion direkt vor den Ostertagen durchgezogen wurde und daß vorher nicht die geringste Ankündigung über die Verhandlungen an die Kollegen im Betrieb ging. Es wurden nicht einmal Tarifkommissionen wie bisher gebildet, die Vorschläge des Vertrauensleutekörpers entgegennehmen.

Dieser Schritt der reaktionären IG-Chemie – Gewerkschaftsführung reiht sich ein in eine Welle von Maßnahmen zur verschärften Unterdrückung des Kampfes der Arbeiterklasse, sie ist ein Teil der fortschreitenden Faschisierung. Während die Gewerkschaftsspitzen noch vor kurzer Zeit großen Wert auf den Anschein legten, daß ihre Forderungen aufgrund „demokratischer Willensbildung in den Betrieben" zustandekommt, sind sie nun, wie der IG Chemie-Abschluß zeigt, recht offen geworden. Man sieht, sie reden nur noch mit den Kapitalisten, und hören sich die Meinung der Arbeiter schon gar nicht mehr an. Während vorher die Kollegen durch die öffentliche Diskussion und Formulierung ihrer Forderungen im Betrieb die Möglichkeit hatten, über mögliche Kampfmaßnahmen zu beraten und von vornherein gegen die Verratsabschlüsse eine Kampffront zu schmieden, wird dies durch die neue, offen diktatorische Maßnahme des DGB-Apparats wesentlich erschwert. Der DGB-Apparat verzichtet lieber auf einen etwas demokratischeren Anstrich, als sich dem Risiko auszusetzen, durch die öffentliche Diskussion der Forderungen die Kampfbedingungen für die Arbeiter zu erleichtern. Denn



Arbeiter von Hoechst demonstrieren 1972 gegen Lohnraub

durch dieses Geheim-Manöver haben sie zugleich die Räuber anonymer gemacht, damit sich die IG Chemie-Bonzen, die für die Kollegen im Betrieb oder am Ort überhaupt noch erreichbar sind, die Hände in Unschuld waschen können. Jeder Kollege, jeder ehrliche Vertrauensmann kann an dieser Maßnahme sehr deutlich sehen, welchem Herrn der IG Chemie-Apparat dient, nämlich allein dem Kapital und nicht der Arbeiterklasse.

Was aber tun, fragen die Kollegen. Die D„K"P-Revisionisten sowie einige örtliche Gewerkschaftsbonzen raten den aufgebrachten Kollegen, in der Gewerkschaft um „mehr Demokratie" zu kämpfen. Sie stellen die erneute Verschärfung der Unterdrückung des Kampfes der Arbeiter durch den IG Chemie-Apparat als einzelnen Fehler hin und sagen, „wenn man die Vertrauensleute wieder anhört, ist alles in Ordnung". Doch in Wirklichkeit hatte weder der Rat der Vertrauensleute — wenn es kein Verrat war — Bedeutung für den Lohnabschluß, noch die Stimme der Kollegen.

Einfluß hat nur der entschlossene Kampf der Kollegen für ihre Forderungen, und dieser muß nicht nur gegen die Kapitalisten selbst, sondern auch gegen ihre Handlanger, die Gewerkschaftsbonzen und die D„K"P-Verräter geführt werden. Deshalb müssen wir revolutionäre Gewerkschaftsoppositionsgruppen bilden, die tatsächlich die Interessen der Arbeiterklasse unversöhnlich vertreten; die unsere Forderungen aufstellen und vereinheitlichen, die ihre Durchsetzung, unseren Kampf organisieren. Nur so sind wir gegen die täglich unverschämteren Angriffe der Kapitalisten samt ihrem IG Chemie-Apparat gewappnet.



JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IN MÜNCHEN

Gegenwärtig gibt es über 1 600 arbeitslose Jugendliche in München. An den Berufsschulen fallen wegen Lehrer- und Raummangel zahlreiche Schulstunden aus. Die 4. Klassen der Elisabethschule z. B. haben nur mehr alle 14 Tage Unterricht. Zuständig für die Schulen der Stadt München ist das Schulreferat.

Doch was macht dieses Schulreferat laut seinem Verwaltungsbericht über das Jahr 1974? In der Sitzung vom 5. 2. 74 wird dem Stadtrat über die Vorführer der Frühjahrskollektion der Meisterschule für Moden vor Vertretern der Ministerien und der Wirtschaft in Teheran berichtet. Am 13. 3. beschließt der Schulausschuß, den Modepreis 1974 an einen Herrn Louisooer zu verleihen. Die 13 000 Schulabgänger, die sich die Füße wund liefen nach einer Lehrlingsstelle, die 1 600 arbeitslosen Jugendlichen können stolz sein auf ihre modebewußten „Interessenvertreter" im Stadtrat.

Die vielen tausend Jugendlichen, die entweder vergebens nach Arbeit suchen oder gezwungen sind, Berufe zu erlernen, die sie gar nicht lernen wollen, nur um überhaupt eine Lehrstelle zu ergattern, ernten nur Hohn und Spott von den Vertretern der Bourgeoisie. So behaupteten z. B. Dr. Fischer vom Arbeitgeberverband und Pfender, Vertreter der evangelischen Kirche, auf der Berufsschulbeiratssitzung vom 19. 3. 75 unverschämt, die Jugendlichen wollten ja gar keine Lehrstellen. Die wenigen Maßnahmen, die ergriffen werden, sind nichts als Augenwischerei, mit der der Staat den Jugendlichen weismachen will, er investiere viel Geld für ihre Interessen. So wurden z. B. die Schulplätze für Kinderpflegerinnen erhöht. Die Schülerinnen bestehen zu zwei Dritteln aus arbeitslosen Mädchen, die in dieser Ausbildung eine letzte Chance sahen. Aber sie lernen nur, um in kurzer Zeit wieder arbeitslos dazustehen: Allein in München gibt es, wenn sie die Schule beendet haben, über 1 000 staatlich geprüfte Kinderpflegerinnen und zusätzlich 1 200 Kindergärtnerinnen. Kindergärten und damit Arbeitsplätze für diese Frauen gibt es bei weitem nicht genug. Auch das Berufsschulgrundjahr, mit dem die hohe Jugendarbeitslosigkeit vertuscht werden soll, ist nichts als Schwindel. Denn nur der darf daran teilnehmen, der eine Bescheinigung vorlegen kann, daß er im nächsten Jahr eine Lehre beginnen kann — und wer kann das schon? Im Gegenteil, die Kapitalisten schlagen schamlos Profit aus der Jugendarbeitslosigkeit: So fehlen Lehrlinge immer häufiger in der Berufsschule, weil sie sonst fürchten müssen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Die „schuldhaften Versäumnisse" stiegen 1974 um mehr als 10 000 im Verhältnis zu 1973. Kümmert sich der bürgerliche Staat darum, daß hier für Tausende von Jugendlichen durch die Profitgier der Kapitalisten die Schulbildung eingeschränkt wird? Oh ja, er kümmert sich! Der SDP-Schulreferent schlug bereits vor, die Berufsschulpflicht mit der Volljährigkeit aufzuheben. Für viele Lehrlinge im 3. Lehrjahr, die 18 Jahre alt werden, würde das bedeuten, daß sie überhaupt keine Berufsschule mehr besuchen dürfen. Das ganze Gerede von der „Ausbildungsreform" wird durch die Tatsachen Lügen gestraft. Vor 7 Jahren z. B. kostete ein Berufsschüler den Staat 500 DM — wenig genug. Heute, trotz der Geldentwertung, kostet ein Berufsschulplatz nur noch 350 DM.

Angesichts dieser unverschämten Ausbeutung wächst die Unruhe und der Widerstand auch in den Berufsschulen. Dr. Egerer, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer, jammerte bereits: „Wir schaffen uns durch die Schulmisere nur ein aggressives Proletariat". Immer mehr Jugendliche erkennen, daß auch sie ihre Forderungen nur durchsetzen können im revolutionären Klassenkampf, und schließen sich der ROTEN GARDE an.

BESTECHLICHER D„K"P-BETRIEBSRAT

Wie korrupt und bestechlich die angeblichen „Interessenvertreter der Arbeiter", die Arbeiteraristokraten im DGB-Apparat und der D„K"P-Führung sind, dazu ein kleines Beispiel aus Tübingen:

Bei der letzten Betriebsratswahl bei „Emil Addolf" erhielt Joachim Körner die meisten Stimmen. Dieser saubere Herr, Mitglied der IGM und Kandidat der D„K"P für die Wahlen zum Gemeinderat, hatte sich in das Vertrauen der Kollegen eingeschlichen und ihnen vorgegaukelt, er sei ein fortschrittlicher, kommunistischer Betriebsrat.

Im November 1974 wurde Körner fristlos entlassen, weil ihn die Geschäftsleitung verdächtigte, er habe „geschäftsschädigende Informationen" an eine Lokalzeitung weitergegeben. Vor dem Arbeitsgericht zeigte sich, daß sie diese Beschuldigung nicht aufrechterhalten konnten. „Emil Addolf" hätte nun liebend gern den lästigen Arbeitsgerichtstermin verhindert und drängte deshalb auf ein „Güteverfahren".

Was hätte ein wirklich fortschrittlicher, klassenkämpferischer Betriebsrat in dieser Situation gemacht? Er hätte die Verlogenheit der Entlassung enthüllt, er hätte den Betriebsrat entlarvt, der mit acht Stimmen (gegen fünf Enthaltungen und zwei Gegenstimmen) seiner Entlassung zugestimmt hatte, er hätte darum gekämpft, daß er im Betrieb weiter seine Kollegen hätte vertreten können.

Aber nein: Joachim Körner zeigte den Kollegen, wie ein D„K"P-Bonze die Interessen der Kollegen vertritt: Er machte aus dem Kredit, den er bei den Kollegen hatte, bares Geld. 12 000 DM Abfindung und Fortzahlung seines Lohnes als Betriebsrat — das sind mindestens 1 786 DM pro Monat — bis Januar 1976 bot „Emil Addolf" diesem „Klassenkämpfer". D„K"P-Körner kassierte 33 432 DM und verschwand.

WAHLMANIPULATION

Ein Beispiel für die Art und Weise, wie der DGB-Apparat seine Listen zur Betriebsratswahl zusammenschustert, hier von DeTeWe in Westberlin:

Schon im Januar begannen die reaktionären alten Betriebsräte vorzusorgen. Um mögliche Konkurrenten für die Wahl auszuschalten, betrieben sie den Rausschmiß mehrerer fortschrittlicher Vertrauensleute.

Noch vor Aufstellung der Kandidaten wurde von den IGM-Funktionären unter Vorsitz von BR Below eine fertige Liste ausgearbeitet und die gegenseitige Unterstützung der Listenkandidaten vereinbart. So entstehen die „demokratisch' verabschiedeten Listen!

Während im ganzen Jahr 1974 trotz Kurzarbeit und zahlreicher Entlassungen nur zwei Betriebsversammlungen abgehalten wurden, hat der Betriebsrat jetzt, in den ersten 3 Monaten des Jahres 75, bereits die zweite einberufen, um Wahlpropaganda für die IGM-Kandidaten zu betreiben.

Zum ersten Mal in ihrer Amtszeit tauchten plötzlich auch die Berufsbetriebsräte in den Abteilungen auf, um Unterschriften für die Kandidatur zu den Wahlen zu sammeln.

Sie zeigen damit einmal mehr, daß es ihnen nicht um die Interessen der Kollegen geht, sondern um ihre Pöstchen.

Revisionistisches

D,,K"P: MIT DEM BÜRGERLICHEN UNTERDRÜCKERSTAAT GEGEN REVOLUTIONÄRE

Harald Schwaderer, D,,K"P-Kandidat für die Gemeinderatswahlen in Tübingen, geifert in einem Leserbrief an die „Tübinger Chronik" gegen die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Lorenz: „Zu diesem Vorfall möchte ich als DKP-Mitglied klar und unmißverständlich sagen, daß es sich hier um ein furchtbares Verbrechen handelt, daß streng geahndet und in Zukunft mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verhindert werden muß." Fast wörtlich so konnte man es von Schmidt, Strauß und Konsorten hören. Wenn Revolutionäre wie die Genossen der RAF in Isolierhaft gefoltert werden, dann ist das den D,,K"P-Revisionisten ganz recht. Wenn aber einem Kapitalistenknecht wie Lorenz ein Härchen gekrümmt wird, dann schreien sie Zeter und Mordio und fordern den bürgerlichen Unterdrückerstaat auf, gegen solche „furchtbaren Verbrechen" vorzugehen. Daß der bürgerliche Staatsapparat, dieser „Rechts"staat der D,,K"P, heute seine „Rechte" zur Unterdrückung des Volkes immer mehr ausweitet und die Faschisierung vorantreibt, das ist ganz im Sinne dieser Verräter.

D,,K"P-BONZEN SABOTIEREN KAMPF GEGEN DIE UNTERDRÜCKUNG AUSLÄNDISCHER KOLLEGEN

Ebenfalls in Tübingen hat sich ein weiterer D,,K"P-Kandidat für die Gemeindewahlen hervorgetan: Joachim Körner predigt im D,,K"P Blättchen „Roter Pfeffer" die gemeinsamen Interessen zwischen den deutschen und ausländischen Arbeitern. „Diese Ausländer sind lebenswichtig für unsere Betriebe, an deren Gesamtprodukt sie beteiligt sind, und von dem wir alle leben. Wir erhalten mit ihnen nicht nur unsere Produktion, sondern erweitern sie damit ständig," meint Herr Körner. Merk Dir, Kollege, wenn Du „Deine" Produktion ausweiten und „Dein" Gesamtprodukt erhöhen willst, dann mußt Du den Menschenhandel, den die Kapitalisten mit den ausländischen Kollegen betreiben, unterstützen! Daß Herr Körner diese Erkenntnis über die Notwendigkeit der Klassenzusammenarbeit zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht aus den Klassikern des Marxismus-Leninismus geschöpft hat, ist klar. Er stützt sich auf ganz andere Quellen: Zitate von Schleyer, Präsident der Arbeitgeberverbände.

LANDFLUCHT IN DER SOWJETUNION

Unter den neuen Kremlzaren vertieft sich der Gegensatz zwischen Stadt und Land ständig. Der Parteichef des Bezirks Poltawa in der Ukraine erklärte, daß in den letzten Jahren von 160 000 Schulabsolventen 40 000 das Land verlassen haben und in größere Städte gezogen sind, weil sie auf dem Land keine „Karriere" machen, d. h. ihre Fähigkeiten nicht entwickeln können. Die Arbeit auf dem Land wird von den modernen Revisionisten hingestellt als „unbedeutend". Mit den jungen Menschen, die ihre Heimatdörfer verlassen, machen die neuen Bourgeois Extrageschäfte. So lebt z. B. eine Gruppe von Mädchen aus Poltawa, die jetzt in einer städtischen Textilfabrik arbeiten, zusammengepfercht in einem einzigen Raum ohne Badezimmer und verdienen weit weniger als in ihren Dörfern. Nicht anders als für die Kapitalisten in anderen Ländern sind für die neuen Kremlzaren die jungen Bauern und Bäuerinnen ganz besonders billige Arbeitskräfte.

Im Kampf gegen rote Kandidaten

Manipulation, Betrug, Entlassung!

Fortsetzung von Seite 2



1920: Gegen Hunderttausende, die gegen das reaktionäre Betriebsrätegesetz vor dem Reichstag demonstrieren, eröffnen Soldaten das Feuer. 42 Tote und 105 Verletzte bleiben zurück.

terschrift wieder zurückzuziehen. Dabei setzten sie besonders ausländische Kollegen unter Druck. Als sie aufgrund der festen Haltung der Kollegen scheiterten, versuchten sie die Liste mit juristischen Tricks auszuschalten. Aber auch das sollte ihnen nicht gelingen infolge der Empörung der KHD-Arbeiter und ihrer Solidarität mit der Roten Liste. Dort wird es den Kapitalisten und den Arbeiterverrätern wohl nicht mehr gelingen, den Einzug der Roten Liste in den Betriebsrat zu verhindern. Bei der AG Weser in Bremen wurden die zwei Kandidaten der Roten Liste fristlos gekündigt, nachdem sie ihr Programm veröffentlicht und mit der Unterschriftensammlung begonnen hatten. Auf der HDW in Kiel wurde ein Kandidat der Roten Liste auf Antrag des Betriebsrats gekündigt, und zwar zwei Stunden, nachdem er im Betriebsratsbüro eine Unterschriftenliste abgeholt hatte.

Diese Beispiele, denen sich weitere anfügen ließen, machen deutlich, daß es weder innerhalb des Betriebs, noch in den übrigen gesellschaftlichen Bereichen eine wirkliche Demokratie für die Werktätigen gibt, daß die Bourgeoisie vielmehr die demokratischen Rechte einschränkt und aufhebt, um die anwachsende Kampffront der Arbeiterklasse gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub und Teuerung durch verschärfte Unterdrückung zu ersticken. **Auch wenn der Arbeiter auf dem Papier das Recht zur Wahl seiner „Vertreter" hat, auch wenn ihm in Gesetzestexten bescheinigt wird, er könne sich zur Wahl stellen, so nützt dies dennoch einen feuchten Dreck, solange die Ausbeuter und ihre bestochenen Kreaturen am längeren Hebel sitzen, solange der Arbeiter gezwungen ist, sich, um nicht Hungers zu sterben, an den Kapitalisten als Lohnsklaven zu verdingen. Erst im Sozialismus, wo die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft wird, wo die Fabriken und alle Produktionsmittel Eigentum des Volkes sind und wo der Staatsapparat unter der Kontrolle der bewaffneten Arbeiterklasse und ihrer Führerin, der Kommunistischen Partei steht, herrscht für die werktätigen Massen Demokratie.** Und zwar keine Demokratie, die nur auf dem Papier steht, die nur als formales Recht existiert, sondern eine Demokratie in der lebendigen gesellschaftlichen Wirklichkeit. Das heißt: die werktätigen Massen nehmen selbst teil an der Regierung sowie an der Planung, Organisierung und Durchführung der wirtschaftlichen wie auch der politischen und kulturellen Prozesse und das in immer zunehmendem Maße. In Albanien beispielsweise werden die Fünfjahrespläne auf der Grundlage der breitesten Diskussion der werktätigen Massen in den Betrieben ausgearbeitet und beschlossen. Keine Gesetze werden verabschiedet, bevor sie nicht vom Volk diskutiert und von der Mehrheit für gut geheißen wurden. Ein Ausdruck der proletarischen Demokratie in Albanien, die unlösbar mit der Diktatur des Proletariats verbunden ist, ist auch die „Kontrolle der Arbeiterklasse über alles und jeden." Instrument dieser Kontrolle sind u. a. in den Betrieben gewählte Arbeiterkommissionen, die natürlich jederzeit abwählbar sind, und die das Recht haben, jede betriebliche aber auch außerbetriebliche Institutionen (z. B. Krankenhäuser), jede Verwaltungskörperschaft einschließlich des Fabrikdirektors, in ihrer Tätigkeit zu kontrollieren und gegebenenfalls Änderungen zu verlangen.

Auch für uns deutsche Werktätige gibt es nur den einen Weg zur Erringung einer wirklichen, einer proletarischen Demokratie, den auch unsere albanischen Klassenbrüder gegangen sind: den Weg der Zerschlagung des Ausbeutersystems in der gewaltsamen Revolution, den Weg der Errichtung der Diktatur des Proletariats. **Eben von dieser Erkenntnis will die D,,K"P die Massen abhalten, wenn sie von „demokratischer Kontrolle" und „Mitbestimmung" faselt und uns weiszumachen versucht, Betriebsräte seien ein Instrument, um „Demokratie" im Betrieb zu verwirklichen.**

Die Funktion des Betriebsrats besteht letztlich nur darin, die Arbeiter davon abzuhalten, sich gegen das Joch der Lohnsklaverei zu erheben und für ihre endgültige Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen. Auch die Entstehungsgeschichte der Betriebsräte beweist dies. Die Betriebsräte wurden von der Bourgeoisie nach der Niederlage der Revolution von 1918/19 als „Ersatz" für die Arbeiterräte eingerichtet, die sich die deutschen Arbeiter im revolutionären Kampf nach dem Vorbild der „Sowjets", ihrer siegreichen russischen Klassenbrüder, geschaffen hatten. Die USPD und die KPD riefen damals gegen das von der SPD-Regierung zusammengezimmerte Betriebsrätegesetz mit folgenden Worten auf:

> **„Jetzt will die Konterrevolution ihr Werk besiegeln, indem sie den revolutionär errungenen Einfluß der Arbeiter in den Betrieben mit Hilfe der Gesetzgebung bricht. Das Betriebsrätegesetz soll alle Gedanken an eine soziale Revolution endgültig zerstören. . . Der Gesetzentwurf macht die Betriebsräte zu bloßen Antreibern im Dienste des kapitalistischen Unternehmertums."**

Das heutige BVG ist gegenüber dem damaligen Betriebsrätegesetz noch eine erhebliche Verschärfung bezüglich der reaktionären Bestimmung der Betriebsräte. Es heißt darin unter anderem:

- „Arbeitgeber und Betriebsrat haben alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Arbeit und den Frieden des Betriebes zu gefährden. Insbesonde dürfen Arbeitgeber und Betriebsrat keine Maßnahmen des Arbeitskampfes gegeneinander ausführen. . ." (§ 49)
- „Alle Mitglieder des Betriebsrats sind verpflichtet, über vertrauliche Angaben oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse Stillschweigen zu bewahren." (§ 55)
- zu diesen Geheimnissen gehört z. B.: „die wirtschaftliche Lage des Unternehmens" (§ 67) und „Einstellungen, Versetzungen und Entlassungen".

Das BVG verpflichtet die Betriebsräte zudem zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten. Mit anderen Worten: Es verpflichtet sie dazu, unter dem Deckmantel der Interessenvertretung der Arbeiter diese zur Klassenversöhnung aufzurufen und zu helfen, die ausbeuterischen Maßnahmen der Kapitalisten durchzusetzen. Kann eine Institution, deren Funktion durch Gesetze derart bestimmt ist, in ein Instrument des Kampfes der Arbeiter verwandelt, kann sie vom Proletariat erobert werden? Das zu behaupten kann nur dazu beitragen, die Arbeiter mit Illusionen an das Ausbeutersystem zu fesseln und sie davon abzuhalten, sich im Betrieb ihre eigenen Kampfinstrumente zu schaffen, vor allem die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Natürlich wird sich ein Roter Betriebsrat nicht an das BVG halten. Ein Roter Betriebsrat muß die kapitalistischen Gesetze brechen, um mit Hilfe seiner Position die Kollegen in ihren Kämpfen zu unterstützen. Deshalb kann ein Roter Betriebsrat nur dann auf lange Sicht seiner Entlassung entgehen, wenn die Belegschaft fest und kampfentschlossen hinter ihm steht. Wenn aber ein Roter Betriebsrat entlassen wird, dann wird diese Entlassung nicht sinnlos sein, sondern mit dazu beitragen, Illusionen in den Reihen der Kollegen zu vertreiben und ihr politisches Bewußtsein zu heben.

Die Kapitalisten und ihre Handlanger versuchen jetzt nicht etwa deshalb mit allen Mitteln die Wahl Roter Betriebsräte zu verhindern, weil sie befürchten müßten, die Betriebsräte könnten in ein Instrument der Arbeiterklasse umgewandelt werden. Wovor sie jedoch mit Recht eine höllische Angst haben, ist, daß durch Rote Betriebsräte die dunklen Machenschaften und arbeiterfeindlichen Manöver ihrer gekauften Handlanger und revisionistischen Agenten vor der Belegschaft enthüllt werden. Sie fürchten, daß durch die Entlarvungsarbeit Roter Betriebsräte die Arbeiter und kleinen Angestellten schneller den wahren Charakter der Betriebsräte als Instrument der Unterdrückung und Abwiegelung der Kämpfe der Werktätigen erkennen.

Damit ist auch klar, warum die Kommunisten für Rote Betriebsräte kämpfen, obgleich der Betriebsrat als Institution doch gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist. Rote Betriebsräte setzen sich zum einen aus ganzem Herzen und konsequent für die täglichen Forderungen der Kollegen ein. Zum anderen richten sie ihre Arbeit immer an dem Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung, am Kampf für die sozialistische Revolution aus. Sie sind verpflichtet, im Interesse der Arbeiterklasse sich davor zu hüten, in irgendeiner Weise Illusionen über die Möglichkeiten und Funktion des Betriebsrates zu nähren, vielmehr müssen sie diese Illusion, die vom Gewerkschaftsapparat und von den modernen Revisionisten verbreitet werden, entschieden entlarven und bekämpfen. **Ihr Vorgehen muß immer davon bestimmt sein, ihre Position dazu auszunutzen, die Erziehung der werktätigen Massen im Sinne der gewaltsamen Revolution unter Führung der Kommunistischen Partei zu fördern.**

Vom Aufbau des Sozialismus

VERBESSERUNG DES ACKERLANDES MIT ERFOLG DURCHGEFÜHRT

Die Werktätigen in China haben die letzten Wintermonate genutzt, um in einer breiten Bewegung die Bedingungen für die Landwirtschaft zu verbessern. Dazu schreibt die Nachrichtenagentur Hsinhua: Mehr als 1,4 Millionen Projekte von Wasserspeicheranlagen wurden während der Kampagne im letzten Winter zur Verbesserung des Ackerlandes begonnen und zwei Drittel davon beendet. Berechnungen von Ende Januar zeigen, daß die Berieselungsanlagen für 2 Millionen Hektar Land errichtet oder ausgebessert wurden, daß 868 000 Hektar Ackerland terrassiert wurden, daß einige 4,5 Millionen Hektar wenig ergiebiges Ackerland veredelt wurden, und eine große Menge Ackerland wurde tiefgepflügt und geebnet. All das versetzte die Nation in eine bessere Ausgangslage beim Kampf gegen Dürre, Flut und Überschwemmung und bei der Gewinnung einer neuen guten Ernte.

Diese neue Hochflut bei der Verbesserung des Ackerlandes begann im letzten Winter in einer ausgezeichneten Situation, hervorgerufen durch die tiefe Massenbewegung „Von Datschai lernen", dem nationalen Vorbild im Ackerbau, und durch die außerordentlich guten Ernten in einer Reihe von Jahren. Der sozialistische Enthusiasmus der bäuerlichen Kader und Massen erhielt neuen Aufschwung durch die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius. Sich auf die Massen stützend und mit dem Wunsch, eine moderne sozialistische Landwirtschaft aufzubauen, packten die Parteikomitees in allen Gebieten den Widerspruch an, der darin besteht, hohe und doch stabile Ernten zu erzielen, und jede arbeitete ihr Programm für die Wasserspeicherung aus, entsprechend den örtlichen Bedingungen. Sie mobilisierten die Massen, mit dem Bau einer Anzahl von Projekten zu beginnen und diese so schnell wie möglich fertigzustellen.

Die Arbeit auf dem Feld konzentrierte sich in der Ebenung des Landes und der Verbesserung der Erde. Beim Bau von Wasserspeichern wurde das Schwergewicht gelegt auf kleine Anlagen, auf den Bau von kompletten Anlagen, die viele Erleichterungen schaffen und auf die Unternehmungen der Kommunen und ihrer Unterabteilungen. Die Arbeit, die in den letzten Monaten durchgeführt wurde, übertraf die des vorhergehenden Winters quantitativ und qualitativ, und bei der Geschwindigkeit der Durchführung.

Während des Winters gingen eine Million Kader zu den Baustellen um sich mit den Mitgliedern der Kommunen zu verbinden durch die Kritik an Lin Biao und Konfuzius und durch körperliche Arbeit.

GRÖSSERE VIEHBESTÄNDE IN DER INNEREN MONGOLEI

Seit dem Beginn der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius im Januar 1974 in der Inneren Mongolei entfalteten die Bauern dort in großem Maßstab eine Massenbewegung des Lernens von der Produktionsbrigade Datschai. Diese Bewegung hat zu großen Erfolgen in der Viehzucht geführt. Im letzten Jahr wurde die Weidefläche um 185 000 ha erweitert und 314 elektrisch betriebene Brunnen mit kompletten, der Viehzucht dienenden Anlagen angelegt. So konnten die Herden besser gegen Trockenheit und andere Naturunbill geschützt werden. In 16 Kreisen erhöhte sich der Viehbestand um 735 000 Stück, das sind 24,3%, das ist die größte Zuwachsrate in den letzten Jahren.

Gegen die Entstellungen der modernen Revisionisten an der marxistischen Auffassung vom Krieg festhalten

In seiner Rede „Kampf der wachsenden Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte! Für die Einheit und Solidarität der europäischen Völker" hat Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, den Betrug und die Lügen der modernen Revisionisten von „Frieden und Zusammenarbeit" zwischen beiden Supermächten, von „Sicherheit und Entspannung" in Europa grundlegend widerlegt und die Gefahr für die Völker gezeigt, die ausgeht von dem Ringen beider imperialistischer Supermächte besonders in Europa: die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges. Er zeigte, wie die modernen Revisionisten die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges leugnen und zugleich gegen den revolutionären Klassenkrieg sowie gegen den revolutionären nationalen Befreiungskampf zu Felde ziehen, um die Kampfkraft der Völker gegen die Bedrohung insbesondere durch den sowjetischen Sozialimperialismus zu schwächen. Wie die modernen Revisionisten die grundlegende Lehre des Marxismus-Leninismus, den konterrevolutionären Krieg durch den revolutionären Krieg und damit jeglichen Krieg aus der Welt zu schaffen, völlig verraten und als „provokatorisch" verleumden.

Im folgenden drucken wir auszugsweise einen Artikel der Massenkritikgruppe der Militärisch-Politischen Akademie der VR China ab, der in der chinesischen Zeitung „Honqui" unter dem Titel „An der marxistischen Auffassung vom Krieg festhalten und Lin Biaos revisionistische Auffassung vom Krieg kritisieren" veröffentlicht wurde. Dieser Artikel, in dem die historisch-materialistische Auffassung des revisionistischen Verräters Lin Biao verteidigt wird, richtet sich ebenso gegen die D„K"P-Revisionisten und zeigt, daß die Linie der Revisionisten zur Frage des Krieges vollständiger Verrat am Kampf der Arbeiterklasse und der Völker der Welt gegen Imperialismus bedeutet. Das Studium dieses Artikels ist eine gute Schulung, um die Linie unserer Partei im Kampf gegen die beiden Supermächte und insbesondere gegenüber den aggressiven Machenschaften und Zielen des sowjetischen Sozialimperialismus besser zu verstehen und zu verwirklichen.

DER KRIEG IST EIN PRODUKT DES PRIVATEIGENTUMS UND DER KLASSENGESELLSCHAFT

Was ist Krieg? Wie entsteht Krieg? Auf diese Fragen hat der große Führer des chinesischen Volkes, der Vorsitzende Mao, auf der Basis der Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus eine profunde Antwort gegeben. Er schreibt: **„Kriege, die es seit dem Entstehen des Privateigentums und der Klassen gibt, sind die höchste Kampfform, die bei der Lösung der Widersprüche zwischen Klassen, Nationen, Staaten oder politischen Gruppen angewendet wird, sobald diese Widersprüche eine bestimmte Entwicklungsstufe erreicht haben."** („Strategische Probleme des revolutionären Krieges in China") Diese Feststellung zeigt klar und deutlich, daß der Krieg ein Produkt des Privateigentums und der Klassengesellschaft als höchste Form des Klassenkampfes und der Klassengesellschaft eigene Erscheinung ist.

Mit der sowjetrevisionistischen Renegatenclique im verbrecherischen Angriff auf die marxistische Theorie vom Krieg übereinstimmend, leitete Lin Biao den Ursprung des Krieges von einer abstrakten „menschlichen Natur" ab, leugnete dessen Klassennatur und damit auch von Grund auf die marxistische Auffassung vom Krieg. (. . .)

Engels beschrieb die materialistische Geschichtsauffassung als eine, **„die alle historischen Ereignisse und Vorstellungen, alle Politik, Philosophie, Religion, aus den materiellen ökonomischen Lebensverhältnissen der fraglichen geschichtlichen Periode erklärt . . ."** („Nachtrag über Proudhon und die Wohnungsfrage" in „Zur Wohnungsfrage") Der marxistische historische Materialismus geht davon aus, der der Ursprung jeglichen gesellschaftlichen Phänomens im materiellen Leben und in den ökonomischen Verhältnissen der gegebenen Gesellschaft zu finden ist und nicht im Denken der Menschen. Krieg ist die Fortsetzung der Politik, und diese ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomie. Die einzige zielführende Methode für das Studium des Krieges ist die Analyse der ökonomischen Basis, der Klassenwidersprüche und der politischen Verhältnisse. In der kommunistischen Urgesellschaft gab es, weil das Niveau der Produktivkräfte sehr niedrig war, kein Privateigentum, keine Klassenausbeutung und -unterdrückung, und deshalb auch keinen Krieg. Damals entstanden unvermeidlich Kämpfe mit Waffen und Konflikte zwischen Stämmen, aber diese Kämpfe und Konflikte waren kein Ausdruck des Klassenkampfes.

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte, mit der Entstehung des Privateigentums bildete sich der antagonistische Widerspruch zwischen der herrschenden und der beherrschten Klasse heraus, und es entstand der Staatsapparat, das Werkzeug der Klassenherrschaft. Die Ausbeuterklassen stützten sich auf den Staatsapparat, um die ausgebeuteten Klassen mit Gewalt zu unterdrücken, während die ausgebeuteten Klassen zu den Waffen griffen, um gegen die Unterdrückung Widerstand zu leisten. Erst zu dieser Zeit betrat der Krieg, die höchste Form des Klassenkampfes, die Bühne der Geschichte der menschlichen Gesellschaft. Das Privateigentum und die Klassenausbeutung führen zum Krieg, und der Krieg ist ein Produkt der Klassengesellschaft. Das ist die einzig richtige Theorie vom Ursprung und von der Natur des Krieges.

Der Vorsitzende Mao sagte: **„Infolge der Entstehung der Klassen war das Leben der Menschheit mehrere Jahrtausende hindurch von Kriegen erfüllt."** („Über den langwierigen Krieg") Diese Kriege, die geführt wurden zwischen Klassen, zwischen Nationen, zwischen Staaten beziehungsweise zwischen politischen Gruppen, waren letzten Endes von Klassenwidersprüchen und Klassenkämpfen verursacht und die Fortsetzung der Politik der jeweils betroffenen Klassen. Lin Biao, Konfuzius, Menzius und ihresgleichen führten den Krieg auf die menschliche Natur zurück und bezeichneten ihn als eine ewige, mit der Existenz der Menschheit verbundene Erscheinung. Sie leugneten das objektive Gesetz, daß der Krieg mit der Entstehung der Klassen entstanden ist und mit dem Aufheben der Klassen verschwinden wird. Dies zu leugnen ist theoretisch absurd und politisch äußerst reaktionär.

Heute befinden wir uns im Zeitalter des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Der Imperialismus ist die Quelle des Krieges in der heutigen Zeit, er ist Monopolkapitalismus und gekennzeichnet durch Streben nach Profitmaximierung und Welthegemonie. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die imperialistischen Staaten die Ausbeutung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in den eigenen Ländern intensivieren, die Ausplünderung ihrer Kolonien und Halbkolonien forcieren, müssen einen heftigen Kampf untereinander um die Neuaufteilung der Märkte, Kolonien und Einflußsphären führen. Dadurch müssen sich die dem Imperialismus innewohnenden, verschiedenen Grundwidersprüche immer mehr zuspitzen, was unvermeidlich zu einem Krieg führt. Gegenwärtig wird die Rivalität zwischen den zwei Supermächten, dem sowjetischen Sozialimperialismus und dem amerikanischen Imperialismus, um die Welthegemonie schärfer denn je und gefährdet die Unabhängigkeit und Sicherheit anderer Länder. Wo sie rivalisieren, dort ist die Lage gespannt. Dies ruft die große Unruhe in der Welt hervor. Solange Imperialismus und Sozialimperialismus bestehen und solange es die Rivalität zwischen den zwei Supermächten, der Sowjetunion und den USA, gibt, werden immer wieder Kriege verschiedenster Art ausbrechen. Indem er die Auffassung propagierte, der Krieg sei von der menschlichen Natur bestimmt, negierte Lin Biao den Klassenursprung der modernen Kriege, rechtfertigte letztlich das verbrecherische imperialistische System und sprach die zwei Supermächte von ihren Verbrechen frei, in ihrer Rivalität um die Welthegemonie Aggressionskriege zu entfesseln. Das zeigt ihn als das, was er war: ein konterrevolutionärer revisionistischer Renegat.

FÜR GERECHTE KRIEGE, GEGEN UNGERECHTE KRIEGE

Vorsitzender Mao betonte: **„Die im Laufe der Geschichte geführten Kriege teilen sich in zwei Arten: in gerechte und ungerechte Kriege. Alle Kriege, die dem Fortschritt dienen, sind gerecht, und alle Kriege, die den Fortschritt behindern, sind ungerecht. Wir Kommunisten sind gegen alle den Fortschritt behindernden, ungerechten Kriege, jedoch nicht gegen fortschrittliche, gerechte Kriege. Was letzteres betrifft, sind wir Kommunisten nicht nur nicht gegen sie, sondern nehmen auch aktiv an ihnen teil."** (Ebenda) Das ist die richtige Unterscheidung des Charakters des Krieges und die grundsätzliche Haltung der Marxisten Kriegen gegenüber. Bei der Betrachtung jedes Krieges müssen wir auf seine politische Seite achten und ihn einer Klassenanalyse unterziehen, durch die wir herausfinden, welche Klasse den Krieg führt, welcher Klasse Politik er fortsetzt und welcher Klasse Interessen er dient. Auf diese Weise können wir zwischen dem gerechten und dem ungerechten Krieg unterscheiden und unsere Unterstützung dafür oder unsere Opposition dagegen bestimmen.

Lin Biao leugnete den Unterschied zwischen gerechten und ungerechten Kriegen, indem er vom Klassenursprung des Krieges ablenkte. Auf eine Schriftrolle schrieb er die von Konfuzius und Menzius propagierten Worte: „Jene, die mit Tugend regieren, werden gedeihen", und hing diese Schriftrolle in seinem Zimmer auf. Diese Worte hielt er für richtig und tat alles, um die revolutionäre Gewalt der revolutionären Klasse zu entstellen und zu verleumden.

Sowohl „Tugend" als auch „Gewalt" in der Klassengesellschaft haben einen eindeutigen Klasseninhalt und dienen der politischen Linie einer bestimmten Klasse. Marx sagte: **„Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht."** („Das Kapital") Engels sagte, daß **„sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbne politische Formen zerbricht. . ."** („Anti-Dühring") Zur Festigung ihrer Herrschaft stützen sich alle dekadenten, reaktionären Ausbeuterklassen auf die Gewalt; die aufkommenden revolutionären Klassen gebrauchen ebenfalls Gewalt, um die politische Macht an sich zu reißen und die Herrschaft der Ausbeuterklassen zu stürzen. (. . .)

Die Revolution, die die Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats ersetzt und den Kapitalismus ersetzt und den Kapitalismus durch den Sozialismus, ist eine Revolution der gründlichen Vernichtung des Ausbeutungssystems und kann daher nur gewaltsam vor sich gehen. Der Vorsitzende Mao sagte, **„daß in der Klassengesellschaft Revolutionen und revolutionäre Kriege unvermeidlich sind, daß es sonst unmöglich ist, in der Entwicklung der Gesellschaft einen Sprung zu vollziehen und die reaktionäre herrschende Klasse zu stürzen, damit das Volk die Macht ergreifen kann".** („Über den Widerspruch") Lin Biao verharrte auf dem Standpunkt der Grundherrenklasse und der Bourgeoisie und griff mit der Behauptung, „Jene, die mit Gewalt regieren, werden untergehen", die revolutionäre Gewalt des Proletariats an. Dies bedeutet, daß er den Marxismus-Leninismus vollkommen verraten hatte.

Lin Biao und seine eingeschworenen Gefolgsmänner behaupteten von sich, Gegner aller Kriege zu sein, brachen in Wehgeschrei über die Schrecken des Krieges aus und bezeichneten alle Kriege als Katastrophe für die Menschheit, ohne die Natur der Kriege zu berücksichtigen. (. . .)

Jeder Kampf hat seine Opfer, jede Revolution ihren Preis. Die menschliche Gesellschaft entwickelt sich in großen Stürmen, die revolutionären Volksmassen betrachten niemals den Krieg pessimistisch. Sie wissen, daß nur durch revolutionäre Kriege eine neue Gesellschaft geschaffen werden kann, die sich dann weiterentwickeln und in den Kommunismus eintreten kann, in dem es keine Klassen und keine Ausbeutung mehr gibt.

Waren Lin Biao, Konfuzius, Menzius und ihresgleichen tatsächlich gegen jede Art von Kriegen? Keineswegs. Unter dem Aushängeschild „Gegen alle Kriege" bekämpften sie den gerechten revoluitonären Krieg und befürworteten den ungerechten konterrevolutionären Krieg. (. . .)

Lin Biao ging noch weiter als Konfuzius. Er verleumdete den revolutionären Volkskrieg als „Menschen nach Belieben töten", während er sich in finsteren Hinterzimmern verkroch, Überläufer und Renegaten um sich sammelte, eine eingeschworene Clique bildete, faschistische Sonderformationen organisierte und ein Komplott für den bewaffneten konterrevolutionären Staatsstreich schmiedete. Er versuchte, den Vorsitzenden Mao zu ermorden, die revolutionären Massen zu unterdrücken und eine faschistische Lin-Dynastie zu errichten. Obwohl Lin Biao und Konfuzius wie andere Reaktionäre auch stets die „Menschlichkeit und Rechtschaffenheit" im Munde führten, legten sie nicht einen Augenblick ihre Messer aus der Hand. Sie hatten nicht im geringsten die Absicht, auf Gewalt zu verzichten, doch sie haßten die revolutionäre Gewalt, die die Geschichte vorantreibt, und wollten die konterrevolutionäre Gewalt, die die alte Ordnung wiederherstellt.

Lenin sagte treffend: **„Ausnahmslos alle unterdrückenden Klassen bedürfen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zweier sozialer Funktionen: der Funktion des Henkers und der Funktion des Pfaffen"** („Der Zusammenbruch der II. Internationale") Der politische Betrug und die Unterdrückung mit Gewalt sind die zwei konterrevolutionären Taktiken aller reaktionären Ausbeuterklassen, mit denen sie die Volksmassen beherrschen und versklaven. Diese Klassen können ohne konterrevolutionäre Gewalt keinen einzigen Tag existieren.

In der Frage des Krieges ist eine der grundsätzlichen Differenzen zwischen dem Marxismus und dem von der sowjetrevisionistischen Renegatenclique vertretenen modernen Revisionismus, ob man am marxistischen Klassenstandpunkt festhält, die fortschrittliche und historische Rolle der gerechten Kriege bestätigt und deshalb die revolutionären gerechten Kriege unterstützt, oder ob man unter dem Deckmantel der Losung vom angeblichen „Frieden" gegen gerechte revolutionäre Kriege auftritt und in Wirklichkeit konterrevolutionäre ungerechte Kriege unterstützt.

Der Vorsitzende Mao lehrte: **„Das Banner des gerechten Krieges der Menschheit ist das Banner der Rettung der Menschheit. Das Banner des gerechten Krieges Chinas ist das Banner der Rettung Chinas."** („Strategische Probleme des revolutionären Krieges in China") Gerechte revolutionäre Kriege können den Untergang von Verrottetem beschleunigen und das rasche Wachstum des Neuen fördern. Sie schwemmen nicht nur die zersetzende Anmaßung des Feindes hinweg, sondern auch den Schmutz innerhalb der revolutionären Reihen. Revolutionäre Kraft schult und erprobt sich im Verlauf des Krieges und wächst und erstarkt immer mehr. Der Sieg der chinesischen Revolution wurde durch den langwierigen revolutionären Krieg errungen; wir müssen stets am gerechten revolutionären Krieg festhalten und gegen den ungerechten konterrevolutionären Krieg auftreten.

MIT DEM REVOLUTIONÄREN KRIEG DEN KONTERREVOLUTIONÄREN KRIEG BESEITIGEN

So war es unvermeidlich, daß Lin Biao auch in der Frage der Verhinderung und Beseitigung des Krieges völlig im Gegensatz zum Marxismus stand, weil seine Auffassung von Entstehung und Wesen des Krieges dem Marxismus direkt entgegengesetzt war. Lin Biao propagierte diesen konfuzianischen Unsinn von „Menschlichkeit und Rechtschaffenheit" und „Liquidierung des Krieges" und behauptete, wenn man angesichts der Aggression des Imperialismus eine Politik von „Harmonie ist kostbar" und „Geduld ist am besten" verfolge und mit „Menschlichkeit und Menschenliebe" und mit „Loyalität und Duldsamkeit" den Imperialismus bekehre, könnte so der Krieg verhindert und vermieden werden. Das ist eine durch und durch landesverräterische und kapitulantenhafte Theorie.

Der Vorsitzende Mao lehrte: **„Der Krieg, dieser Moloch, der die Menschen sich gegenseitig abschlachten läßt, wird mit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft letzten Endes aus der Welt geschafft werden, und zwar in nicht allzu ferner Zukunft. Es gibt aber nur ein Mittel zur Abschaffung des Krieges: Man muß den Krieg mit dem Krieg bekämpfen, dem konterrevolutionären Krieg den revolutionären Krieg, dem konterrevolutionären nationalen Krieg, den revolutionären nationalen Krieg, dem konterrevolutionären Klassenkrieg den revolutionären Klassenkrieg entgegensetzen."** (Ebenda) Wir Kommunisten treten für die Abschaffung des Krieges ein. Wir unterstützen jeden gerechten und revolutionären Krieg und nehmen, wenn notwendig, aktiv an diesem Krieg teil, um mit dem revolutionären Krieg den konterrevolutionären Krieg zu verhindern und abzuschaffen.

Die zahlreichen historischen Tatsachen haben gezeigt, daß der Feind in seinem reaktionären Dünkel bestärkt und noch größeres Kriegsunheil heraufbeschworen wird, wenn man mit Kompromissen und Zugeständnissen vom Feind Frieden erfleht. Der kompromißlose Kampf gegen den Feind ist das wichtigste Mittel der Verhinderung und Abschaffung des konterrevolutionären Krieges. (. . .) Im Gegensatz zu Tschiang Kai-schek der eine Linie des Kompromisses und Kapitulantentums verfolgte, beharrte das chinesische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und des Vorsitzenden Mao auf dem Kampf, kämpfte gegen Kompromißlertum und Kapitulantentum und hielt am Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression fest. Nach acht Jahren heldenhaften und schweren Kampfes besiegte es schließlich den japanischen Imperialismus und errang den großen Sieg im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression. Daraufhin versuchte Tschiang Kai-schek, dem Volk die Früchte des Sieges zu rauben. Jedes Quentchen Macht und jedes Quentchen Vorteil suchte er dem Volk zu entreißen. In der Linken hielt er ein Schwert und in der Rechten hatte er ebenfalls ein Schwert. Unser Kurs lautete: jeden Schlag mit einem entsprechenden Gegenschlag beantworten. Wir gaben das Gewehr nicht aus der Hand und kämpften um jeden Zollbreit Boden. Weil wir an diesem Prinzip festhielten, haben wir den großen Sieg im chinesischen revolutionären Krieg errungen. (. . .)

Vom Standpunkt des marxistischen historischen Materialismus aus ist es so, daß die Kriege, die es seit dem Entstehen der Klassen gibt, nur durch das Aufheben der Klassen abgeschafft werden können. Mit dem Aufheben der Klassen und des Ausbeutungssystems wird auch die gesellschaftliche Wurzel der Kriege ausgerottet. Dann erst werden die Kriege historische Antiquitäten, werden sie aus der menschlichen Geschichte verschwinden. Wenn Lin Biao mit solchem Unsinn wie „Harmonie ist kostbar" und „Geduld ist am besten" hausieren ging, wollte er damit unsere Wachsamkeit der Aggression des Imperialismus und des Sozialimperialismus gegenüber einschläfern und uns zum Niederlegen der Waffen bringen. So hätte er seine konterrevolutionären Pläne verwirklichen können, sich dem Sowjetrevisionismus in die Arme zu werfen und dessen Marionettenkaiser zu werden.

Die gegenwärtige Lage in der Welt ist durch „große Unordnung" gekennzeichnet. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution – diese historische Strömung ist nicht mehr aufzuhalten. Aber Imperialismus und Sozialimperialismus rüsten wie besessen auf und bereiten sich auf einen Krieg vor, so existiert die Gefahr eines neuen Weltkrieges immer noch. Unter diesen Umständen dürfen wir das Märchen vom „dauerhaften Frieden" oder „Frieden einer Generation" nicht glauben. Wir müssen unbedingt unsere Wachsamkeit erhöhen. Unsere Haltung einem von den Imperialisten und Sozialimperialisten entfesselten Krieg gegenüber ist: „Erstens, wir sind dagegen, zweitens, wir fürchten uns nicht." Wenn sie uns einen Krieg aufzwingen, werden wir nicht feige versuchen, unter Aufgabe unserer Prinzipien bloß weiterzuexistieren. Wir werden uns machtvoll erheben und kämpfen. Der gerechte Krieg wird den ungerechten Krieg besiegen, der revolutionäre Krieg wird den konterrevolutionären Krieg hinwegfegen. Mit dem gerechten, revolutionären Krieg die Aggression des Imperialismus besiegen, das ist das einzig richtige Mittel dafür, alle Kriege abzuschaffen.

Hannover Kampf gegen Fahrpreiserhöhung
D"K"P Seite an Seite mit der Polizei

Fortsetzung von Seite 1

1969 waren es Tausende, die in Hannover die Schienen besetzten und sich auch durch das brutale Vorgehen der Polizei vom Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung nicht abbringen ließen. Die Bourgeoisie schließlich sah sich gezwungen, Bundesgrenzschutz gegen die Bevölkerung einzusetzen – aber dennoch siegte der Kampf der Werktätigen Hannovers: Die Fahrpreiserhöhung mußte rückgängig gemacht werden. Die erfolgreichen Aktionen damals in Hannover waren Vorbild für die vielen Kämpfe in anderen Städten gegen die Fahrpreiserhöhungen.

Was damals den Bundesgrenzschutztruppen in Hannover nicht gelang die Besetzung der Schienen, die Lahmlegung des Verkehrsnetzes zu verhindern, das schien in den ersten Apriltagen den modernen Revisionisten der D„K"P zu gelingen. Sie haben diesmal von vornherein versucht, sich an die Spitze der Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhung zu setzen, um mit ihren versöhnlerischen Parolen, mit übler Demagogie die Bewegung zu stoppen und in Bahnen zu halten, die der Bourgeoisie und ihrem Verkehrsverband in keiner Hinsicht gefährlich werden können: Demonstrationen nicht auf den Schienen, sondern daneben, stundenlange Märsche durch die Innenstadt, die in dieser Form keinen Erfolg bringen können.

Demgemäß ist für diese Verräter kein Erfolg erzielt, wenn die Straßenbahnen blockiert, sondern wenn die Blockade verhindert werden kann. So berichtet die „UZ" triumphierend, daß dem „Aufruf zur Gewaltlosigkeit" Folge geleistet worden sei: „Alle richten sich danach. Es ist keine Disziplin per Befehl. Es ist die Einsicht. . ." Ganz offen geben sie damit zu, daß sie das Handwerk, das 1969 die Bundesgrenzschutztruppen mit Befehl und Gewalt betrieben, die berechtigte Gewalt der Bevölkerung zu brechen, mit anderen Mitteln heute ausüben: mit demagogischen Lügen vom „demokratischen Weg" zur Durchsetzung der Forderungen. Und an anderer Stelle heißt es in der „UZ": Die Demonstranten üben demokratische Disziplin. Von ihrer Seite kommt es zu keinerlei Ausschreitungen. Rechtsverletzung und Gewaltanwendung bleiben dem Einsatzleiter der Polizeiverbände vorbehalten. Dieser Satz könnte ebenso gut eine Erfolgsmeldung aus einem Polizeibericht sein. Ja sie versuchen sogar noch unter den Opfern der Polizeiknüppel Sympathie für die Schlägertrupps zu verbreiten: „Mancher Beamte gibt im persönlichen Gespräch seinem Unmut Ausdruck, steckt ein Flugblatt in die Uniformtasche oder bittet um einen Roten Punkt – für den privaten PKW", heißt es in der „UZ".

Daß diese Propaganda, sich den Polizeiknüppeln lächelnd zu ergeben, kein Zufall, kein „Ausrutscher" ist, zeigten die D„K"P-Revisionisten in der Praxis: Als während der großen Demonstration am 1. April in der Nähe des Bahnhofs sich eine Lücke in den Polizeiketten bildete und für die Demonstranten sich die Möglichkeit ergab, die Schienen zu besetzen, sprangen die D„K"P-Revisionisten sogar selbst in die Bresche und bildeten Reihe in Reihe mit den Polizisten Ketten, um den Demonstrationszug am Durchbruch zu hindern.

Diese Tatsachen zeigen, das es das Ziel der D„K"P-Revisionisten ist, die kampfbereiten Werktätigen in Hannover in eine Niederlage zu führen, Resignation unter ihnen zu verbreiten, um den Kampfgeist von 1969 abzuwürgen. Mehr noch: Sowohl das offensichtliche Verhalten als auch die Offenheit der revisionistischen Berichterstattung deuten darauf hin, daß die D„K"P-Revisionisten für die Bourgeoisie ein Exempel in Hannover statuieren wollen, um sich noch besser als Agent zu profilieren und zu empfehlen.

Doch die Revisionisten geraten zusehends in Schwierigkeiten, mehr und mehr entgleitet ihnen die Führung in den Aktionen. Zwar ist es ihnen durch Verbreiten von Resignation gelungen, daß die Demonstranten sich vorübergehend von 10 000 auf 5 000 verringert haben, aber diejenigen, die auch jetzt noch kampfbereit sind, lassen sich nicht so leicht auf tote Gleis schieben.

Von vornherein, seit Beginn der Demonstration, hat die KPD/ML in Hannover den Schwerpunkt darauf gelegt, im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung die Machenschaften der D„K"P-Führer zu entlarven. Im Gegensatz zu den Opportunisten der GRF und des „K"BW ist sie nicht im Zug unter der Führung der modernen Revisionisten mitmarschiert, sondern die Genossen der Partei verteilten Flugblätter und griffen dort ein, wo es zu kämpferischen Aktionen kam. So beteiligten sich die Genossen aktiv, als während der Demonstration am letzten Sonnabend in der Kurt-Schuhmacherstraße sich die Möglichkeit ergab, die Ketten der Polizei zu durchbrechen und auf den Straßenbahnschienen Ketten zu bilden. Gegen die Hetzparolen, die die Revisionisten über ihre Megaphone verbreiten, gelang es, den Demonstrationszug auf die Schienen zu führen und so bis zum Bahnhof zu marschieren.



1971 in Dortmund: Militanter Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen

Nachdem die Revisionisten diese Blockade nicht hatten verhindern können, taten sie nun alles, um die Kampffront aufzuweichen, zu spalten und zu zersetzen. Einzelne Revisionisten reihten sich in die kämpferischen Ketten ein, um von innen her Verwirrung zu stiften und Unsicherheit zu schaffen. Und als Polizei und Wasserwerfer anrückten, riefen die D„K"P-Führer aus all ihren Lautsprechern: „Wasserwerfer kommen, macht die Straße frei!" Dadurch gelang es ihnen, daß viele Menschen unsicher wurden und die Polizeitruppen schließlich an einer schwächeren Stelle des Zuges einbrechen konnten und viele Demonstranten festnahmen. Als die Genossen nun aufriefen, erneut Ketten zur Verteidigung gegen die Angriffe der Polizei zu bilden, waren es wiederum die D„K"P-Revisionisten, die lauthals riefen: „Weitergehen! Weitergehen!" Sie schubsten und drängelten die Demonstranten vor sich her, um der Polizei freie Bahn zu schaffen. Wiederum gelang es der Polizei dadurch, viele einzelne zu ergreifen, zu schlagen, mit Tränengas halb zu betäuben und festzunehmen. **Die Revisionisten haben auch hier wiederum praktisch die Arbeit der Polizei gegen die kämpferischen Demonstranten durch ihr Vorgehen erfüllt.**

Doch sie haben dies teuer bezahlen müssen. Denn vielen Demonstrationsteilnehmern wurden so die Augen über diese Sozialfaschisten geöffnet. Und mancher, der vorher über die Entlarvung der D„K"P in den Flugblättern der KPD/ML ungläubig den Kopf schüttelte, erkannte nun, daß die KPD/ML die Revisionisten zu Recht als die gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse brandmarkt. Die Antwort bekamen die D„K"P-Führer sofort: Bei ihrer abschließenden Kundgebung am Opernplatz haben die Hälfte der Teilnehmer den D„K"P-Redner laut ausgepfiffen. Die Kämpfe der Bevölkerung in Hannover werden weiter gehen. Wie die Erfahrungen der letzten Woche gezeigt haben, werden sie sich in dem Maße weiterentwickeln und in dem Maße Erfolg bringen, wie es gelingt, die modernen Revisionisten zu entlarven und ihren Einfluß zu zerschlagen. Denn solange der Feind in unseren eigenen Reihen mit seinen Agenten freie Hand hat, solange wird er uns Niederlagen versetzen können.

NIEDER MIT DEN FAHRPREISERHÖHUNGEN!

NIEDER MIT DEN D„K"P-REVISIONISTEN!

Durch Zuzugsverbot und Aufenthaltsbegrenzung
Grosstädte für ausländische Kollegen tabu!

Bestimmte Städte der Bundesrepublik sind auf Anordnung der betreffenden Landesregierungen für gewisse Ausländer tabu geworden. Die Ausländer, um die es hier geht, sind nicht etwa die verhaßten US-Besatzer, sondern es sind unsere Kollegen aus der Türkei, aus Spanien, aus Jugoslavien und vielen anderen nicht zur EG gehörenden Ländern. Ihnen wurde bei Androhung der Ausweisung verboten, in diese Städte, zu denen z. B. Frankfurt, Dortmund, Bochum, Groß Gerau u. v. a. zählen, zuzuziehen oder sich über 24 Stunden hinaus in diesen Städten aufzuhalten. Die „Gründe": „Überfremdung dieser Städte", „Erfordernis der Arbeitsmarktsituation", „. . . schwerwiegende soziale Konflikte seien sonst nicht mehr auszuschließen".

Man fragt sich angesichts dieser „Richtlinien", wie lange es wohl noch dauern mag, bis unsere ausländischen Kollegen wieder mit dem Judenstern gezeichnet werden. Nur zur besseren Kontrolle der Einhaltung der „Aufenthaltsbegrenzung" natürlich – wer könnte denn heute noch oder wieder an Konzentrationslager denken?

Während den Besatzersoldaten, die eine ständige Bedrohung unseres Volkes darstellen, Zucker in den Hintern geblasen wird, – sie sollen zur Sicherung ihrer privilegierten Behandlung im öffentlichen Leben mit zusätzlichen Bürgerpässen ausgestattet werden – werden diejenigen ausländischen Kollegen, die zusammen mit den deutschen Arbeitern schuften, die im Kampf auf ihrer Seite stehen, verstärkt diskriminiert und unterdrückt.

Erst hat man sie mit Versprechungen ins Land gelockt. Dann hat man sie in abbruchreifen Häuserzeilen wie in einem Getto zusammengepfercht, oder ihnen Schlafplätze in Großraumschlafzimmern zugewiesen und sie mußten unverschämt teures Geld dafür bezahlen. Man hat ihre Kinder ohne Sprachkurse, ohne Vorbereitung in deutsche Schulen gesteckt. Man hat ihre Frauen als Billigstarbeitskräfte an Fabriken verschachert. Daß sie keine politischen Rechte haben sollten, war für die Herrschenden vonvornherein eine Selbstverständlichkeit. Man hat versucht, die deutschen und ausländischen Klassenbrüder bei jeder möglichen Gelegenheit gegeneinander aufzuhetzen und zu spalten. Diese Spaltungsversuche fangen damit an, daß bei drohenden Kündigungen deutsche und ausländische Arbeiter gegeneinander ausgespielt werden; daß die hohe Arbeitslosigkeit den Ausländern in die Schuhe geschoben wird. Eine besonders zynische Hetze wurde unter dem Schlagwort entfaltet: „die Ausländer sind dreckig und schlampig", „sie lassen ihre Wohnungen verkommen", usw. In Wirklichkeit ist es so, daß die Ausländer nur die schlechtesten Abbruchbuden vermietet bekommen, zu so enormen Preisen, daß sie sich wohl kaum luxuriöse Möbelstücke an die feuchten Wände stellen können. In Wirklichkeit müssen sie häufig, weil sie keine größeren Wohnungen finden, mit mehreren Personen in winzigen Zimmern hausen.

Um die einheitliche Kampffront der deutschen und ausländischen Kollegen gegen den Kapitalismus zu spalten, und den berechtigten Kampf aller Klassenbrüder für die Verbesserung der menschenunwürdigen Lebensverhältnisse zu spalten und zu untergraben, versuchen die Kapitalisten, diese Verhältnisse auf die „Mentalität der Ausländer" – die sie als Untermenschen zu zeichnen versuchen – abzuwälzen. Doch diese Manöver sind zunehmend zum Scheitern verurteilt. Der wachsende Widerstand der deutschen und ausländischen Kollegen zeigt es, gerade jetzt, wo sich durch die Arbeitslosigkeit und ständige Teuerung die Widersprüche zuspitzen. Die Kapitalisten wissen das. Jetzt, so wie weniger Lohnsklaven benötigen, jetzt wo sie zunehmend Angst vor der Rebellion der Unterdrückten bekommen (sie nennen es „schwerwiegende soziale Konflikte"), vertreiben sie die Ausländer aus bestimmten Großstädten, in denen sich die Widersprüche besonders zugespitzt haben. Die verschärfte Unterdrückung der deutschen und ausländischen Arbeiter wird jedoch auch den Widerstand verstärken.

DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER, EINE KAMPFFRONT!

Vertrauensärzte im Kapitalismus
"Mein Arbeiter ist heute früh in der Stadt gesehen worden . . ."

Das Wort „Vertrauensarzt" ist in der Bevölkerung längst verrufen. Denn seit eh und je war die Aufgabe dieser „Ärzte" dieselbe: Kranke durch ständige Vorladung einzuschüchtern und zum früheren Arbeitsbeginn zu veranlassen oder einfach gesundzuschreiben. Daß die Vertrauensärzte keine andere Aufgabe haben, kann man schon an ihrer Ausrüstung sehen. So haben die meisten von ihnen lediglich ein Holzstäbchen und ein Stetoskop zum Lungenabhören. Kaum einer, der mit einem EKG oder sonstigen modernen medizinischem Gerät ausgerüstet ist.

In einigen Bundesländern hat man sich vor einigen Jahren einen neuen Trick einfallen lassen, um das Vertrauen der Kranken in diese „Bürodoktoren" wieder zu heben. Es wurde ein „sozialärztlicher Dienst" eingerichtet. Das Wort ist zwar neu, doch der Sinn und Zweck ist der alte geblieben. Ob „Vertrauensarzt" oder „sozialärztlicher Dienst" – der Titel allein ist schon eine Unverschämtheit. Weiß man doch, daß sie lediglich für die Kapitalisten da sind.

„Mein Arbeiter S. ist heute früh in der Stadt einkaufen gesehen worden, laden Sie den mal schnell zum Vertrauensarzt." Da wird dann von der Krankenkasse nicht geprüft, ob der Kranke einen Arm gebrochen hat und dann natürlich auch einkaufen kann, oder ob er ein anderes Leiden hat, das ihm das Hinausgehen erlaubt – oder gar ob er alleinstehend ist und gezwungen ist für sich einzukaufen, auch wenn er bettlägerig ist. Das interessiert niemanden. Der Kranke S. wird sofort vorgeladen, um den entsprechenden Kapitalisten zu beruhigen. Der Vertrauensarzt hat dann in seiner Akte den Vermerk von der Krankenkasse: „Geht den ganzen Tag draußen herum." Prompt wird Arbeiter S. gesundgeschrieben.

Dies ist ein Fall von vielen. Und so oder ähnlich ergeht es jeden Tag vermutlich hunderten oder tausenden in diesem Ausbeuterstaat. **Besonders interessant ist – und da entlarvt sich der ganze Schwindel mit dem „Vertrauensarzt" –, daß gerade solche Patienten vorgeladen werden, die aufgrund ihrer Lage leichter zu unterdrücken sind: So ist in kasseninternen Vereinbarungen, bei denen auch der DGB-Apparat mitgewirkt hat, besonders darauf hingewiesen, daß Lehrlinge, Ausländer und Arbeitslose vorgeladen werden sollen. Als Begründung wird vorgegeben, daß gerade sie dazu neigen würden, krank zu machen. Der DGB-Apparat hat diesen Vereinbarungen zugestimmt mit der geradezu unverschämten Feststellung: Dies sei im Interesse aller, denn durch die Überwachung würde der Krankenstand sinken und das sei doch im Interesse aller Beteiligten der Krankenversicherung.**

Derselbe Hohn wie die „Vertrauensärzte" sind bei der Krankenversicherung die sogenannten „Krankenbesucher". Das sind nicht etwa Leute, die von der Krankenkasse mal vorbeigeschickt werden, um zu sehen, ob man dem Kranken irgendwie helfen kann. Diese „Besucher" haben vielmehr die Aufgabe, die Kranken auch noch zu belästigen. Sie klappern die Kranken ab, um sie zu kontrollieren. Ist der Kranke zuhause, so wird ihm scheinheilig nur „gute Besserung" gewünscht und der Kasse mitgeteilt, ob er auch wirklich krank aussah, ob er im Bett gelegen hat oder nicht usw. Ist der Kranke aber nicht zuhause, so flattert ihm einige Tage später ein Brief ins Haus mit einer Ordnungsstrafe von 10 bis 20 DM. Und nicht selten folgt dann wenige Tage später die Post aus dem Betrieb: „Entlassung"..

Auch diese Methode ist ein klarer Ausdruck dafür, wie die Kapitalistenklasse die Kranken disziplinieren und zur baldigen Arbeitsaufnahme treiben will. Der Kranke muß ständig in Angst leben, kann sich kaum einen Schritt aus dem Haus trauen – selbst wenn es noch so nötig wäre – denn er muß stets mit dem „Besuch" eines dieser Krankenkontrolleure rechnen.

Ich habe mit einigen Kollegen eine Ausgabe der „Albanien-Hefte", das sich mit dem Gesundheitswesen und der Sozialversicherung im sozialistischen Albanien befaßt, diskutiert. Einige Kollegen haben gestaunt und waren sehr erfreut, wie dort auch in diesem Bereich alles für das Volk getan wird, um seine Gesundheit und sein Leben zu schützen, wie dort das Volk selbst seine Sozialversicherung in der Hand hat.

Ich bin sicher, wenn wir unter der Führung der KPD/ML und ihrer Jugendorganisation, der ROTEN GARDE zum Kampf gegen diese Ausbeuterherrschaft uns zusammenschließen, werden wir in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland auch im Bereich der Sozialversicherung wirkliche Fortschritte machen. **Dann wird man den Ärzten wirklich vertrauen können, dann wird der „Krankenbesucher" kein Kontrolleur im Dienste der Kapitalistenklasse, sondern ein Genosse sein, der kommt, um dem Kranken zu helfen.**

Prym: Gerichtsverhandlung bewies

Elisabeth's Tod war Mord aus Profitgier

Am 25. April 1974 starb die 15jährige Elisabeth, Jungarbeiterin bei der Druckerei in Prym in Stolberg, bei einem Arbeitsunfall. Sie wurde von der Druckmaschine, an der sie arbeiten mußte und von der jeder wußte, daß sie ungenügend gesichert ist, erschlagen. Als die Partei und die ROTE GARDE Aachen in einem Flugblatt das Kind beim Namen nannten und von „Mord" sprachen, fühlte sich Kapitalist Prym beleidigt. 1 050 DM Strafe verhängte nun das Amtsgericht Eschweiler gegen Genossen Paul M., den Presseverantwortlichen.

„Im Flugblatt stand doch die Wahrheit", das sagte eine empörte Zuschauerin, als der Richter das Urteil las. Das hatten auch die Zeugen, gesagt, die Elisabeth gekannt hatten. Sie bestätigten, daß Elisabeth Angst hatte, an der Maschine zu arbeiten, daß sie wiederholt gesagt hatte, sie wolle da weg. Angst, wie schon viele andere Kollegen vor ihr, die sich geweigert hatten, weiter an diesem Mordinstrument zu arbeiten. Ein Gutachten über die Unfallmaschine ergab, daß diese reparaturbedürftig war und während des Betriebes ständig repariert werden mußte, daß die einfachsten Sicherheitsvorkehrungen fehlten, mit billigen Mitteln erkennbare Schäden beseitigt hätten werden können, daß die Maschine für ein 15jähriges Mädchen, fast ein Kind noch, überhaupt nicht geeignet war.

Nein, Elisabeth starb nicht an einem „Unfall", sie wurde totgeschlagen — Mord aus Profitgier. Eiskalt planen die Kapitalisten Arbeitsunfälle, auch tödliche, ein in ihrer Kalkulation. Das zeigte die Aussage des Sicherheitsingenieurs Nehrlich vor Gericht: Tödliche Unfälle könnten sich jederzeit wiederholen, erklärte er. So sehen die „Sicherheitsvorkehrungen" der Kapitalisten aus: Sie bezahlen einen „Sicherheits"ingenieur, damit er öffentlich verkündet, Arbeitsunfälle seien eben der Lauf der Welt. Sie sichern nicht das Leben der Kollegen, — das käme zu teuer — sondern sich selbst.

Klar und eindeutig stand nach acht Stunden Verhandlung vor dem Amtsgericht Eschweiler fest: Elisabeth wurde ermordet. Das mußte sogar die bürgerliche Klassenjustiz indirekt eingestehen: Richter und Staatsanwalt beschlossen, Anzeige wegen „fahrlässiger Tötung" gegen den Kapitalisten Prym zu erstatten.

Prym jedoch wird nichts zu befürchten haben. Wenn es überhaupt zu einer Gerichtsverhandlung kommt, dann soll sie höchstens dazu dienen, seine „Unschuld" herauszustreichen. Denn: Zog das Gericht etwa die einzig mögliche Konsequenz, den angeklagten Genossen freizusprechen? Nein! Im Gegenteil: Der Richter ging noch um 300 DM über den Strafantrag des Staatsanwaltes hinaus, der 750 DM gefordert hatte. Das Gericht hatte nicht verhindern können, daß die Wahrheit über diesen Mord aus Profitgier ans Licht kam. So erklärte es offen, daß es „Recht" spricht im Dienste der Prym und Co: Das Urteil hätte anders ausfallen können, behauptete der Richter, wenn das Flugblatt nicht so „einseitig" gewesen wäre, nur den Kapitalisten Prym anzugreifen und nicht auch die Mutter Elisabeths, die sich nicht genügend um ihre Tochter gekümmert habe. Sie hätte Elisabeth eben anhalten müssen, sich über die gefährliche Maschine zu beschweren.

Das ist wirklich der Gipfel der Unverschämtheit, an Verdrehung der Wahrheit! Nicht der Mörder ist schuld, sondern das Opfer. Nicht Prym ist schuld an Elisabeths Tod, sondern die Mutter, die ihr Kind durch die kapitalistische Ausbeutung verloren hat. Welch unverschämte Verhöhnung einer Frau aus dem Volk! Dieses Urteil zeigt deutlich für jeden das wahre Wesen der bürgerlichen Klassenjustiz: Genosse Paul M. wurde verurteilt, weil die Partei die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, weil sie fest an der Seite der werktätigen Massen steht. Die bürgerliche Klassenjustiz, die angeblich Recht im „Namen des Volkes" spricht, kennt für das Volk dagegen nur Unterdrückung, Hohn und Spott!

Genosse Hanfried Brenner vor Gericht

Prozessverschiebung erkämpft

Am 1. 4. begann in Duisburg der Prozeß gegen Genossen Hanfried Brenner. Zynisch hatten Klassenjustiz und Polizei die Wahrheit auf den Kopf gestellt, um die Anklage gegen den Genossen zusammenzubasteln: Sie, die im Arbeitsgerichtsprozeß gegen Hanfried Brenner den Genossen Günter Routhier erschlagen haben und die Mordanzeige der Witwe niederschlugen, wagen es, Genossen Hanfried vor Gericht zu zerren, weil er während dieses Arbeitsgerichtsprozesses „Polizisten verletzt" habe und die Wahrheit über den Polizeimord an Günter Routhier verbreitete.

Eines war auch der Klassenjustiz klar: In diesem Prozeß würde nicht verhandelt werden über einige konstruierte Anklagen, sondern Genosse Hanfried würde den Prozeß verwandeln in eine Mordanklage gegen die Bourgeoisie. Aus Angst vor dieser Entlarvung schlug sie die Taktik ein: den Prozeß so schnell und so kurz wie möglich durchziehen, den angeklagten Genossen einschüchtern, ihm und seinem Verteidiger keine Möglichkeit geben, sich auf diesen schwerwiegenden Prozeß gut vorzubereiten.

Wann immer Hanfrieds Rechtsanwalt Einsicht in die Akten des Gerichts forderte — sie wurde verweigert. Nicht direkt, denn das ist auch nach bürgerlichen Gesetzen nicht möglich, doch die Akten sind einfach nie da.

Am Prozeßtag liegt Hanfried mit einer Magenerkrankung im Bett. Er hat dem Gericht ein ärztliches Attest zugeschickt, daß er verhandlungsunfähig sei. Das Gericht schickt nicht etwa nur einen Amtsarzt, um das nachzuprüfen — am Morgen des Prozesses fahren ein Streifen- und ein Mannschaftswagen vor Hanfrieds Haus vor, der Staatsanwalt persönlich und eine Unmenge Polizisten bringen den kranken Genossen ins Gericht zur Verhandlung.

Rechtsanwalt Groenewold, der Genossen Hanfried ursprünglich verteidigen sollte, mußte die Verteidigung absagen, weil es ihm nicht möglich war, zur Verhandlung nach Duisburg zu kommen. Kurze Zeit vor dem Prozeß versucht er auf der Durchreise, Hanfried Brenner zu Hause aufzusuchen, trifft ihn aber nicht an und heftet einen Zettel an Hanfrieds Wohnungstür. Dieser Zettel landet aber nicht in den Händen von Genossen Hanfried, sondern beim Staatsanwalt, der in der Verhandlung damit herumwedelt und behauptet, Genosse Brenner habe das Gericht belogen. **Es kann nicht anders sein: Entweder steht Hanfrieds Wohnung unter ständiger Polizeibewachung — oder Rechtsanwalt Groenewold wird andauernd bespitzelt.**

Es ist klar: Es mußte verhindert werden, daß das Gericht hier einen Prozeß durchzieht, ohne dem Angeklagten und seinem Rechtsanwalt die Möglichkeit zu geben, sich auf diesen Prozeß überhaupt richtig vorbereiten zu können. Vor etwa 100 Zuschauern im Saal entlarvt Genosse Hanfried diese Taktik der Klassenjustiz. Das Gericht dreht und windet sich, weicht aber dann zurück, um sich nicht vollkommen selbst zu entlarven. Der Prozeß wird verschoben.

Nach dem Hungerstreik

Die Isolationshaft wird verschärft

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen und die breite Solidarität, mit der dieser Kampf überall in der DBR unterstützt wurde, hatte der Klassenjustiz einige minimale Hafterleichterungen für die gefangenen Genossen abgerungen. Jetzt, nach dem Ende des Hungerstreiks, versucht die Bourgeoisie, diese kleinen Erleichterungen zurückzunehmen und verschärft die Isolationsfolter gegenüber den Genossen der RAF erneut. So werden nun seit Anfang März auch Margit Schiller und Wolfgang Quandte in vollständiger Isolation gehalten.

Daß die Isolationshaft und, wie bei Margit Schiller, die Einkerkerung in einem „Toten Trakt", nichts anderes ist als der Versuch, die politischen Gefangenen psychisch zu vernichten und daß ihr Tod dabei kaltblütig eingeplant ist — das geht aus den internen Papieren der Bourgeoisie klar hervor. Eine „Hausverfügung" des Kölner Gefängnisses von 1973, in dem damals Ronald Augustin gefangengehalten wurde, befiehlt, daß der gefangene Genosse außer seinen speziellen Gefängniswärtern andere Gefangene nicht einmal zu Gesicht bekommen durfte. Dort heißt es u. a.: Während der Einzelfreistunde „erfolgt die Bewachung durch einen Standposten mit Karabiner auf dem Dach der Hauptzentrale. (. . .) Für die Dauer der Freistunde ist der Innenhof sowie die Zugänge für den gesamten Verkehr gesperrt. (. . .) Während der allgemeinen Freistunde (. . .) ist das Fenster der Zelle des Gefangenen zu schließen."

Mehr als einmal hat die Bourgeoisie bewiesen, daß sie vor dem Mord an gefangenen Genossen nicht zurückschreckt. Katharina Hammerschmidt wurde erst aus der Haft entlassen, als ihr Tumor bereits inoperabel geworden war. Bei Brigitte Heinrich besteht akute Lebensgefahr, dennoch wird die Haftentlassung verweigert. In der Hausmitteilung des Kölner Gefängnisses heißt es dazu ausdrücklich: „Ausführungen — auch in äußersten Notfällen (z. B. Lebensgefahr) — sind erst durchzuführen, wenn die Sicherungsgruppe Bonn (02221/333001) entsprechende Weisung erteilt hat." — Ein klarer Beweis, daß der Klassenfeind den Tod der politischen Gefangenen zumindest einkalkuliert.

Korrespondenzen

GRÜNCK

Anfang März führte die Polizei eine große Razzia an einer Straßenkreuzung in Grünck zwischen München und Freising durch. 50 Polizisten, die aus allen Teilen Bayerns zusammengeholt wurden, übten unter Leitung einiger der höchsten bayrischen Polizeioffiziere. Der Vorwand, daß nach Verkehrssündern und betrunkenen Autofahrern gesucht wurde, war leicht als solcher zu durchschauen, denn die Polizisten durchsuchten jedes Auto vollständig. Jede Ecke, der Fahrgast- und Kofferraum, wurde durchstöbert, die Handtaschen der Frauen geleert. Die Polizei hatte neben Hunden, Beleuchtungswagen und Maschinenpistolen auch eine Sperrkette dabei. Wenn an einem Hebel gezogen wird, zerreißt sie die Reifen der Autos, die darüberfahren. Bei hoher Geschwindigkeit hat die Polizei dabei gute Chancen, den Autofahrer zu töten. Bemerkenswert ist, daß der Ort der Razzia 3 km von Neufahrn entfernt ist, dem Zentrum des Widerstandes gegen den Großflughafen München 2. Die Polizei probt für den Bürgerkrieg!

RG-Zelle Erding.

KIEL

Im Stadtteil Friedrichsort in Kiel kamen wir vor einiger Zeit mit einem 80 Jahre alten Rentner ins Gespräch. Er war sehr interessiert, weil er inzwischen erkannt hat, daß die SPD, die er jahrzehntelang für die Partei der Arbeiterklasse hielt, die Interessen der Kapitalisten vertritt. Seitdem brachten wir dem Kollegen regelmäßig den ROTEN MORGEN. Vor einiger Zeit nun tauchten die Opportunisten des „K"BW mit ihrer Zeitung bei ihm auf. Er hat sich lange mit ihnen unterhalten und sagte nun heute zu mir: „Ich sprach mit einem von denen, die sich auch Kommunisten nennen, über ihre Politik. Ich habe mir das eine Zeitlang angehört und dem dann gesagt: ‚Ihr geht ja genau den gleichen Weg, den die SPD damals gegangen ist, als sie die Revolution verraten hat. Maßgeblich ist für mich der ROTE MORGEN, darauf kann ich mich verlassen. Und nicht ich allein, sondern viele andere auch'!" Auch wenn man den „K"BW nicht ganz mit der SPD vergleichen kann, so ist der Kern der Kritik doch richtig: Diese Gruppe vertritt sozialdemokratische und revisionistische Positionen. Immer mehr ehrliche Kollegen erkennen das und sind bereit, den Weg des revolutionären Klassenkampfes gegen den Kapitalismus und seine Handlanger zu gehen.

Rot Front
Ein Kieler Genosse

FREISING

In Freising wurden anläßlich des Karlsruher Urteils gegen den Paragraphen 218 am Dom mit weißer Farbe antiklerikale Parolen angebracht, die den Protest gegen die heuchlerische bürgerliche Moral ausdrückten. Obwohl der „Dachschaden" höchstens eintausend DM betragen hat, wurden zur „Ergreifung der Täter" dreitausend DM Belohnung ausgesetzt, davon zweitausend DM vom Bundeskriminalamt, das sich sofort einschaltete, fünfhundert DM von der Landespolizei und die gleiche Summe noch einmal von der Diözese München-Freising. Die bürgerliche Presse rief die Bevölkerung zur Mithilfe bei der Suche nach den Parolenschreibern auf, allerdings vergeblich. Das Dekanat veröffentlichte eine Erklärung, in der die „Schänder" des Doms als noch „schlimmer als die Nazis" bezeichnet werden, denn im 3. Reich sei die Kirche nicht geschändet worden. Man sieht daran, wie nervös die Herrschenden auf jede fortschrittliche Regung des Volkes reagieren. Die ruhigen Zeiten sind vorbei.

Rote Garde Erding.

HAMBURG

Genossen, vor einem Jahr wurden ich und noch ein anderer Genosse von einem Hamburger Wirtschaftsgymnasium geschmissen. Damals holte der Schulleiter die Polizei, um mich vom Schulgelände zu verjagen, nun stand ich vor Gericht. Anklage: vierfacher Hausfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Hauptzeuge in diesem Prozeß war mein ehemaliger Schulleiter. Als ich ihn fragte, wie die staatliche Theorie von der „Neutralität der Schule" damit zu vereinbaren ist, daß die Schulleitung Zeitungen vertreibt, in denen gegen die Kommunisten gehetzt wird und für die CDU geworben wird, erklärte er offen, daß diese Broschüre „erzieherischen Zwecken" dient. Er enthüllte damit, daß die bürgerliche Schule ein Erziehungsinstrument der Bourgeoisie ist. Das Urteil: 50 DM Geldbuße wegen „Hausfriedensbruch".

PROZESSTERMINE:

Am 15. 4. beginnt in Duisburg der Prozeß gegen Genossin Gabi B. wegen eines Flugblattes, das die OG Duisburg zum Mordversuch an Ronald Augustin während des Hungerstreiks der politischen Gefangenen verteilte.

Wegen des gleichen Flugblattes steht am 25. 4., 9 Uhr, Genosse Hubner vor Gericht. Ort: Amtsgericht Duisburg Hamborn, Zimmer 20.

Am 23. 4. findet, ebenfalls im Amtsgericht Duisburg Hamborn, Zimmer 21, der Prozeß gegen Anna S. statt. Dieser Prozeß gehört zu den Verfahren, mit denen die Bourgeoisie die Agitation und Propaganda zum Mord an Genossen Routhier verfolgt.



MÜNSTER

Revolutionäre, die einmal Anzeigen erhielten, weil sie festgenommene Genossen aus den Händen der Polizei befreit haben oder knüppelschwingenden Polizisten in den Arm gefallen sind, können aufatmen. Das Amtsgericht Münster befand, Widerstand gegen Polizisten, die „unrechtmäßig" gegen Demonstranten vorgehen, sei gerechtfertigt und sprach den Angeklagten frei, der wegen „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, versuchte Gefangenenbefreiung und Körperverletzung" vor Gericht stand und zugab, er habe einen Polizisten über den Kopf geschlagen, als dieser auf Demonstranten mit dem Gummiknüppel einschlug. Freilich: die Sache hat einen Haken: Vor Gericht stand der Sohn eines Oberstaatsanwaltes a. D. und jammerte um Gnade. Was einen Rotgardisten für Monate hinter Gitter bringen kann, das wird einem Sprößling der Bourgeoisie wohlwollend als „Jugendsünde" verziehen.

MANNHEIM

Durch den „Mannheimer Gefängnisskandal" waren — sehr zum Mißvergnügen der Bourgeoisie — einige Schweinereien aufgedeckt worden, die sich täglich in den Gefängnissen abspielen: Korruption bei den Beamten, Folterungen an Gefangenen und — zumindest — ein Mord, begangen an dem Gefangenen Christ. Um ihr Gesicht einigermaßen zu wahren, hatte die Klassenjustiz einige dieser Beamten vor Gericht gestellt. Die meisten Verfahren wurden jedoch eingestellt, die verhängten Strafen waren so niedrig, daß viele Menschen dieses Betrugsmanöver durchschauten. So wurde z. B. ein Polizist wegen „Bestechlichkeit" zu 900 DM verurteilt.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

Eine Strafe, viermal so hoch, nämlich 3 900 DM hingegen erhielt jetzt der evangelische Gefängnispfarrer, der zugleich vom Dienst suspendiert wurde. Oberpfarrer Frettlöh war der Justiz schon lange ein Dorn im Auge, da er, überzeugt, daß im Mannheimer Gefängnis „Übergriffe an der Tages- und Nachtordnung sind", sich immer wieder beschwert und öffentliche Untersuchungen gefordert und sich auch für die Gefangenen der RAF und des „Sozialistischen Patientenkollektivs" eingesetzt hatte.

Genfer Konferenz

Eine Falle für die arabischen Völker

Mit viel Geschrei propagierten die sowjetischen Sozialimperialisten im Nahen Osten, nachdem die US-Imperialisten trotz unzähliger Reisen von Henry Kissinger mit ihrer „Politik der kleinen Schritte" gescheitert sind, die Genfer Konferenz.

Das Scheitern der amerikanischen Politik im Nahen Osten hat im Kreml geradezu Euphorie hervorgerufen, denn dieser Plan war stets ein Hindernis für den sowjetischen Plan mit der Genfer Konferenz gewesen. Mit ihrer „Politik der kleinen Schritte", mit zweiseitigen Verhandlungen, versuchten die US-Imperialisten, die andere Supermacht, die Sowjetunion, so weit wie möglich auszuschalten. Ihr Ziel war es, den fetten Brocken, die reichen Ölquellen, die wichtige strategische Lage sowie die Vorherrschaft über die arabischen Völker, für sich allein zu beanspruchen. Doch der Brocken blieb ihnen geradezu im Halse stekken.

Nun reiben sich die sowjetischen Sozialimperialisten die Hände, weil ihnen die Gelegenheit geboten wurde, ihre „einzige Lösung für die arabische Sache" – wie sie die Genfer Konferenz nennen, anzubringen. Lauthals verbreiten die Propagandaorgane der Neuen Zaren im Kreml, daß nun sie, die Sowjetrevisionisten, „Frieden und Freiheit" brächten, daß sie die wirklichen Unterstützer der arabischen Sache sind.

Was aber schlagen die sowjetischen „Freunde" den arabischen Völkern vor? Worin besteht ihre „aufrichtige Hilfe"? Die Genfer Konferenz ist nichts weiter als eine Falle, die sie den arabischen Völkern gestellt haben. Es genügt dabei die Tatsache zu erwähnen, daß dieser Konferenz die Resolution des Sicherheitsrates Nr. 247 zugrunde liegt, die die Rechte der arabischen Völker mit Füßen tritt, nach der die arabischen Völker zu Unrecht die Herrschaft der israelischen Zionisten billigen und anerkennen sollen, die Rechte des palästinensischen Volkes aber lediglich zu einem „Flüchtlingsproblem" gemacht werden. Die Sowjetrevisionisten stellen den Aggressor und das Opfer auf die gleiche Stufe und erklären offen, daß sie für eine Lösung „im Interesse aller Seiten sind", d. h. auch im Interesse der israelischen Zionisten.

Das ist ein skrupelloser Verrat gegenüber den Lebensinteressen der arabischen Völker, ihren Opfern und ihrem Kampf zur Befreiung der besetzten Gebiete. Doch die sowjetischen Sozialimperialisten haben sich stets wie richtige Händler aufgeführt. Sie gehen von ihren egoistischen imperialistischen Interessen aus, in Rivalität mit den USA um Einflußbereiche und strategische Stellungen auf der Welt.

Obwohl man sich in Moskau damit brüstet, daß man angeblich die Araber mit Waffen, in der UNO und anderswo unterstützt, hat die Realität die Verlogenheit der sowjetischen „Hilfe" für die arabischen Völker völlig demaskiert. So waren die sowjetischen Waffen, die niemals, wenn es wirklich notwendig war, geliefert wurden, stets nur wenige und dazu noch veraltet. Darüber hinaus haben die sowjetischen Sozialimperialisten diese Waffenlieferungen noch dazu benutzt, die Völker unter Druck zu setzen und ihre Einmischung in die Angelegenheiten der arabischen Völker zu rechtfertigen. Die Entsendung von Tausenden und Abertausenden Juden nach Israel, die Verstärkung dieses Staates mit Menschenpotential für die Aggressionen gegen die arabischen Völker – wofür sich die sowjetischen Sozialimperialisten in Washington billige Kredite erhandelten, zeigen den wahren Charakter dieser sowjetischen „Freundschaft". Auch die engen Beziehungen zu dem reaktionären Regime Husseins in Amman, dem geschworenen Feind des palästinensischen Volkes, zeigen die antiarabische Haltung der Moskauer Kremlführer.

Das, was die Sowjetunion immer in den Nahen Osten hinzieht, ist der Wunsch, dort festen Fuß zu fassen. Die sowjetischen Imperialisten haben auf der Grundlage der Unterwerfung und um für sich selbst imperialistische Vorteile herauszuschlagen, ihre Beziehungen zu den arabischen Ländern aufgebaut. Die Tatsache, daß sie sich jetzt beeilen, die Genfer Konferenz einzuberufen, beweist das erneut. **Denn die Wahrheit ist, daß Moskau auf dieser Konferenz darauf abzielt, in der Rolle des Vorsitzenden neben dem US-Imperialismus die Situation im Nahen Osten besser zu kontrollieren, sich vor den Arabern als Retter aufzuspielen und dabei ihrem wirklichen Ziel, der Stärkung des sowjetischen Einflusses und der Errichtung ihrer Herrschaft im Nahen Osten, näherzukommen.**

Jede Konferenz, die unter der Führung beider Supermächte steht, richtet sich gegen die Interessen der arabischen Völker. Ihr Ziel ist es nur, die Klauen in den Nahen Osten auszustrecken. So schrieb eine arabische Zeitung vor kurzem, daß beide Supermächte dasselbe Ziel verfolgen: Sie bemühen sich um die eigenen Interessen und um die Ausdehnung ihres Einflusses im arabischen Gebiet. Eine Lösung, die die wirklichen souveränen Interessen der arabischen Völker berücksichtigt, ist von ihnen nicht zu erwarten – ob in Genf oder anderswo. Dieselbe arabische Zeitung betonte im Zusammenhang mit der Genfer Konferenz, daß die sowjetische „Fürsorge" für die arabische Sache der Fürsorge des Fuchses für die Hühner ähnelt.

Die Lösung der Fragen im Nahen Osten wird nicht das Werk der beiden Supermächte, sondern kann nur das Werk der arabischen Völker selber sein. Der erste Schritt dazu wird die Verjagung der beiden Supermächte aus diesem Raum, die Ablehnung eines jeden versklavenden Plans und Vorschlags sein.

Tatsachen entlarven KSZE-Schwindel

In einem Vorstoß hat der Führer der sowjetischen Sozialimperialisten, Breschnew, die an der KSZE („Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa") beteiligten Regierungen aufgefordert, einer möglichst baldigen Beendigung der KSZE zuzustimmen. Hatte die Konferenz 1973 noch mit großem Getöse begonnen, so wurden die wohl 1 500 Sitzungen mit der Zeit immer schleppender. Die sowjetischen Sozialimperialisten wünschen daher nichts dringlicher, als diese Konferenz, die vor allem von ihnen initiiert worden war, so schnell wie möglich zu beenden und zumindest am Schluß noch einmal ein großes Friedensspektakel der Regierungshäupter zu veranstalten, das den unansehnlichen Verlauf noch etwas aufpolieren soll.

Die Entwicklung, die sich während der KSZE in der Welt vollzog, hat das Friedens- und Entspannungsgeschrei der beiden Supermächte und der sowjetischen Sozialimperialisten immer deutlicher Lügen gestraft. War es der Sinn und Zweck dieser Konferenz, die Lüge zu verbreiten, daß von der Vorherrschaft der beiden Supermächte in Europa für die Völker Sicherheit und Entspannung ausgeht, so hat die Wirklichkeit das Gegenteil klar erwiesen. Dort, wo die beiden Supermächte im Namen der „Sicherheit und des Friedens" ihre Finger im Spiel hatten, dort wuchs die Spannung, wuchs die Unsicherheit, die Bedrohung der Völker.

Das Vorgehen der beiden Supermächte im Nahen Osten während des Oktoberkrieges und in der weiteren Folge gegen die arabischen Völker hat deutlich gemacht, was diese beiden größten imperialistischen Räuber unter „Sicherheit und Zusammenarbeit" verstehen: „Sicherheit" beider Supermächte vor dem Befreiungskampf der Völker der Welt gegen imperialistische Vorherrschaft, gewaltsame Unterdrükkung ihrer gerechten Forderungen und ihres gerechten Kampfes, die „Sicherheit" beider Supermächte, die Völker der Welt ungestört ausplündern und ausbeuten zu können. Nicht anders die Zypernkrise, die zeigte, daß die beiden Supermächte sich alle Mühe geben, die Länder gegeneinander aufzuhetzen, die Widersprüche zu schüren, um dann durch die Unterstützung des einen oder anderen davon zu profitieren.

Zugleich hat das immer schärfere Wettrüsten beider Supermächte die Lügen von „Frieden und Entspannung" in Europa entlarvt. Die Flotten der beiden Supermächte im Mittelmeer – vor allem die der sowjetischen Sozialimperialisten –, die ständig vor den Küsten der Mittelmeerländer kreuzen, um diese unter Druck zu setzen, sie zu erpressen und einzuschüchtern, sind immer größer geworden. Ebenso die Flotten in der Nord- und Ostsee, die dort die Länder und Völker bedrohen. Die Halbinsel Kola wird von den sowjetischen Sozialimperialisten zum größten Militärstützpunkt der Welt ausgebaut. An den Grenzen zu Westeuropa haben die Neuen Zaren im Kreml unaufhörlich ihre Truppen konzentriert und ihre gesamte Militärmaschine immer weiter aufgerüstet. **All das hat keineswegs auf die Völker Europas und der Welt den Eindruck von Frieden und Sicherheit gemacht, sondern gezeigt, daß die beiden Supermächte in Europa wie wild um die Vorherrschaft rivalisieren, daß die sowjetischen Sozialimperialisten kein Mittel ungenutzt lassen, um ihren Einfluß in Westeuropa auszubauen, daß sie mit größten Anstrengungen einen neuen imperialistischen Weltkrieg vorbereiten, um eine Neuaufteilung der imperialistischen Herrschaftsbereiche zu erzwingen.**

War die KSZE von beiden Supermächten und insbesondere von den Moskauer Sozialimperialisten gerade dazu gedacht, mit Friedensmusik das zunehmend lauter werdende Waffengerassel zu übertönen und die immer schärfere Rivalität zwischen beiden Supermächten zu verdecken, so war die Konferenz, je länger sie dauerte, mehr und mehr selbst durch diese wachsende Rivalität gekennzeichnet. Die Verhandlungen, die anfangs auf einige Monate begrenzt sein sollten, zogen sich immer mehr in die Länge, kein Punkt, in dem auch nur der Anschein von Einheit zwischen beiden Supermächten und ihren Blöcken aufrechterhalten werden konnte, immer mehr geriet das Friedenstheater in die Sackgasse. Wenn heute Breschnew die beteiligten Länder aufruft, der Konferenz möglichst bald ein Ende zu machen und noch ein theatralisches Finale der Friedensbeteuerungen als Schlußpunkt zu setzen, so ist das der Versuch, noch einmal den Glorienschein des Friedensengels aufzupolieren, der zusehends auch im Bewußtsein der kämpfenden Völker verblaßt.

Denn gegen die Lügen von „Frieden und Sicherheit" unter den Fittichen der beiden Supermächte **zeigt sich für die Völker der Welt immer klarer, daß erst dort, wo der Kampf gegen die eine wie die andere Supermacht geführt wird, wirklich für Entspannung, für Sicherheit und für Frieden gekämpft wird. So hat das kambodschanische Volk in seinem jahrelangen Kampf gegen den US-Imperialismus wie auch gegen die Einmischung der sowjetischen Sozialimperialisten in die inneren Angelegenheiten des kambodschanischen Volkes ausgezeichnete Erfolge errungen: Es steht heute kurz vor seiner Befreiung vom Joch des Imperialismus und wird damit selbst zum Herrn über seine Sicherheit, über seinen Frieden.**

Nicht anders gilt das für die Völker Europas. Gegen die wachsende Bedrohung durch die beiden Supermächte können die Völker nur dann zu Sicherheit, Entspannung und Frieden gelangen, wenn sie sich im Kampf gegen die beiden Supermächte zusammenschließen, wenn sie deren Truppen aus ihren Ländern verjagen, wenn sie sich unter der Führung der Arbeiterklasse zusammenschließen und in ihren Ländern die Herrschaft des Imperialismus gänzlich zerschlagen und die Herrschaft des Volkes, die Diktatur des Proletariats errichten.

Portugal

Sozialimperialisten finanzieren Cunhal

Die portugiesische Zeitung „Luta popular" enthüllte, daß die Führung der portugiesischen Gewerkschaft „Intersindical" vom Geheimdienst der sowjetischen Sozialimperialisten finanziert wird. Das Faksimile einer Zahlungsanweisung zeigt, daß 28 570 US-Dollar von der Außenhandelsbank der Sowjetunion an die portugiesische Gewerkschaftsführung, die in der Hand der modernen Revisionisten ist, gezahlt wurden.

Die sowjetischen Sozialimperialisten lassen sich natürlich ihre Agentur in Portugal gern etwas kosten. Denn wenn es ihnen erst einmal gelungen ist, unter dem Deckmantel von wirtschaftlicher Hilfe usw. Portugal in ihre Abhängigkeit zu bringen und das Land in ihre Kolonie zu verwandeln, werden sie gewaltsam das tausendfache wieder aus den Werktätigen herauspressen.

Wieviel aber muß dann erst die fünfte Kolonne des sowjetischen Sozialimperialismus in Portugal, die offen erklärt, Portugal könne nicht ohne die Sowjetunion aufgebaut werden, die damit praktisch ihr Land den sowjetischen Sozialimperialisten in die Hände versprechen? Allein von den D„K"P-Revisionisten in Westdeutschland und Westberlin ist bekannt, daß sie im letzten Jahr 30 Millionen dafür erhielten, daß sie den aggressiven imperialistischen Machenschaften der Supermacht Sowjetunion sowie ihren expansionistischen Zielen und Absichten mit einem Schleier von „Frieden, Entspannung und Sicherheit" umwebten.

Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, sagte in seiner Rede „Kampf der wachsenden Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte": *„Wie Hitlerdeutschland durch seine 5. Kolonne im Ausland versuchte, die Verteidigungsbereitschaft der Staaten zu unterhöhlen, handeln auch die sowjetischen Sozialimperialisten. Sind die revisionistischen Parteien der imperialistischen Länder Westeuropas einerseits Agenturen der Monopolbourgeoisie ihrer Staaten im Lager der Arbeiterklasse, so sind sie andererseits Agenturen, die 5. Kolonne der sowjetischen Sozialimperialisten mit dem Auftrag, die Völker einzuschläfern und gegenüber einem sowjetischen Angriff wehrlos zu machen oder aber – wie sich jetzt in Portugal zeigt, sie direkt der sowjetischen Kontrolle auszuliefern. Hier spielen sie offen die Rolle einer sozialfaschistischen Agentur der Neuen Zaren im Kreml, in deren Auftrag und mit deren massiver Unterstützung sie handeln und versuchen, die bisherige amerikanische Vorherrschaft zu unterlaufen, statt der faschistischen eine sozialfaschistische Diktatur zu errichten und das Land in einen Stützpunkt des sowjetischen Sozialimperialismus zu verwandeln. Hier zeigt sich klar, daß der sowjetische Sozialimperialismus der Hauptfeind der europäischen Völker ist."*

RECEBIDO

139834

PORTUGAL FOR TRADE UNION CENTER OF PORTUGAL

CREDITED YOUR ACCOUNT

Bank for Foreign Trade of the U.S.S.R.

Aus dem abgebildeten Faksimile einer Zahlungsanweisung geht hervor, daß 28 570 US-Dollar von der Außenhandelsbank der Sowjetunion an die revisionistische portugiesische Gewerkschaftsführung gezahlt wurden.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Es lebe der Sieg im Volkskrieg!

Fortsetzung von Seite 1

Appelle zum Gewaltverzicht versagen, ist es unsere selbstverständliche Pflicht, Menschenleben retten zu helfen"? Mit anderen Worten: Wenn die Befreiungsstreitkräfte und die Bevölkerung Südvietnams den Kampf nicht einstellen, drohen wir ihnen mit Intervention und Einmischung. Schon jetzt sind zwei westdeutsche Schiffe, die „Rheinland" und die „Vogtland" in Südvietnam, offiziell, um Flüchtlinge zu transportieren, in Wirklichkeit aber, um die Soldaten Thieus in ihre neuen Stellungen zu schaffen. Die westdeutschen Imperialisten haben den Aggressionskrieg der amerikanischen Imperialisten gegen die Völker von Kambodscha und Vietnam stets unterstützt. Sie haben den Faschisten Thieu empfangen und unterhalten freundschaftliche Beziehungen zu ihm. Sie versorgten ihn mit Geld für den „Wiederaufbau des Landes" und erst vor wenigen Tagen erklärte Außenminister Genscher: „Die BRD steht in dieser Situation fest an der Seite der USA." Zur selben Zeit beleidigte Kanzler Schmidt in einem Interview die Völker von Kambodscha und Vietnam, indem er frech behauptete, „daß diese beiden Staaten" (in Wirklichkeit die Marionettencliquen um Thieu und Lon Nol) „ja von außen angegriffen" werden. **Das zeigt offen, auf welcher Seite sie stehen und daß ihr ganzer Appell an die „Menschlichkeit" nur der Unterstützung des Völkermords der amerikanischen Imperialisten dient.**

Der Appell an die Kinderliebe, um neue Aggressionen vorzubereiten, ist besonders infam. Das ist die Spekulation auf die Gefühle von hunderttausenden von Müttern und Vätern in unserem Land, die ihre Kinder lieben, die über das Elend und die Not der vietnamesischen Kinder tief betroffen sind.

Als die Befreiungsstreitkräfte und die Bevölkerung Südvietnams Anfang März ihre machtvolle Offensive gegen die Stellungen, Stützpunkte und Städte der Thieu-Clique begannen, waren die Zeitungen und das Fernsehen voll von Berichten über die angeblichen Greuel der Befreiungskämpfer und den Strom der hunderttausenden von Flüchtlingen, die angeblich vor ihnen auf der Flucht waren. Diese Lüge der Imperialisten ist aber bereits zusammengebrochen. Es kann nicht länger verheimlicht werden, daß es sich bei der „Flucht" in Südvietnam um ein wahrhaft verbrecherisches Unternehmen handelt, um die Zwangsvertreibung von hunderttausenden von Menschen aus ihren Häusern durch die Truppen des Thieu-Regimes. Es kann auch nicht länger verheimlicht werden, daß die Kommandeure dieser „Armee" und ihre „Eliteeinheiten" bei ihrer panischen Flucht vor den Befreiungsstreitkräften geplündert, gemordet und vergewaltigt haben, daß sie den Befehl hatten, nichts zurückzulassen, als verbrannte Erde. Sogar die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" sieht sich nun gezwungen, diese Armee als eine Armee von Räubern, „die sich im eigenen Land wie eine feindliche Soldateska aufführt", zu bezeichnen.

Die angebliche Kinderliebe der Imperialisten und ihres Sprachrohrs „Bild", die jetzt an die Stelle der Märchen über die Flüchtlinge treten soll, ist eine widerliche, verlogene Heuchelei. Die amerikanischen Imperialisten haben Vietnam, Laos und Kambodscha überfallen, um die Völker zu versklaven und die Länder zu ihren Kolonien zu machen. Sie schickten über eine halbe Million Soldaten nach Vietnam; sie pferchten Millionen von Menschen in die sogenannten strategischen Dörfer, die in Wirklichkeit KZ's sind; sie bombardierten die Dörfer und Städte, die Felder und Deiche des Nordens und des Südens; sie warfen mehr Bomben auf Vietnam und Kambodscha als im zweiten Weltkrieg auf den Kriegsschauplatz im Pazifik; sie setzten Napalm und andere chemische Gifte ein: Ihr Krieg war ein Ausrottungsfeldzug gegen die Völker von Vietnam und Kambodscha, war Völkermord.

Im Hagel der Bomben und im Feuer des Napalm der amerikanischen Imperialisten starben in Kambodscha und Vietnam tausende von Kindern. Die amerikanischen Imperialisten haben zur systematischen und planvollen Ausrottung der Kinder sogar als Puppen getarnte Sprengkörper entwickelt, die bei der leisesten Berührung explodieren und die Kinder zerreißen. Die „Menschlichkeit" und die „Kinderliebe", in deren Namen jetzt tausende von Kindern aus ihrer Heimat in die USA, nach Australien und Englang verschleppt werden, ist die „Menschlichkeit" und „Kinderliebe" eines Hitler, einer imperialistischen Supermacht, die die Welt beherrschen will und die Völker versklaven und unterdrücken.

Aber die Hoffnungen der amerikanischen Imperialisten sind eine Sache, ihre Verwirklichung ist eine andere. Die Völker der ganzen Welt haben in den letzten Wochen begeistert die Erfolge des kambodschanischen und des vietnamesischen Volkes in ihrem gerechten Widerstandskrieg gegen die amerikanischen Imperialisten und ihre Marionetten in Phnom Penh und Saigon begrüßt.

„Landsleute in Stadt und Land, erhebt euch eiligst, ergreift alle Waffen, die euch zur Verfügung stehen, selbst Hacken und Stöcke, um den Feind zu vernichten, den gesamten Militär- und Verwaltungsapparat der Marionetten zu zerschlagen und die revolutionäre Macht zu errichten. Beteiligt euch mit allen Kräften an der Schlacht und der Unterstützung der Kämpfer! Befreit und verteidigt das Land! Landsleute! Ruft die Soldaten, Offiziere, Polizisten und Verwaltungsfunktionäre der Marionetten auf, ihre Waffen gegen den Feind zu kehren und sich der Revolution anzuschließen. Man muß rechtzeitig die Gelegenheit ausnutzen, schnell handeln und die Angriffe und Aufstände konsequent fortsetzen, um den Sieg zu erringen!" Mit diesem Appell riefen das Komitee der Nationalen Befreiungsfront und die Vertretung der Provisorischen Revolutionsregierung für Zentralvietnam die Bevölkerung zum allgemeinen Aufstand auf, um die Thieu-Clique und die USA-Imperialisten für ihren hunderttausendfachen Bruch des Pariser Abkommens zu bestrafen. Innerhalb weniger Wochen vertrieben die Befreiungsstreitkräfte und die Bevölkerung die Marionettenarmee Thieus und ihre amerikanischen Befehlshaber, aus den von ihnen besetzten Stellungen und Städten und befreiten 80% Südvietnams vollständig.

Zur selben Zeit floh der Landesverräter Lon Nol aus Phnom Penh in die Arme seiner Oberherren, der amerikanischen Imperialisten, nach Hawai; zogen die Volksstreitkräfte des kambodschanischen Volkes ihren eisernen Ring um Phnom Penh noch enger zusammen; griffen die Arbeiter und Werktätigen aller Schichten, die Mittelschüler und Studenten, die Lehrer und Professoren, Mönche und Lakaien in der Stadt die Einrichtungen der Verräter an, stürmten Reisdepots, bestraften faschistische Reaktionäre und eroberten sich Waffen. Phnom Penh wird bald in den Händen des Volkes sein und das kambodschanische Volk wird den vollständigen Sieg über die amerikanischen Imperialisten und ihre Marionetten feiern.

Das kambodschanische und das vietnamesische Volk haben zu den Waffen gegriffen und sich zum revolutionären Volkskrieg erhoben, weil dies der einzige Weg ist, um die Unabhängigkeit und die Freiheit zu verteidigen und das Joch der imperialistischen Unterdrücker abzuschütteln. In den über 25 Jahren des Kampfes hat das vietnamesische Volk den amerikanischen Imperialisten Schlag auf Schlag versetzt, und innerhalb von fünf Jahren des Kampfes hat das kambodschanische Volk über 97% seines Landes befreit. Kambodscha und Vietnam, diese beiden kleinen Nationen der 3. Welt, haben bewiesen: **„Ein schwaches Land kann ein starkes Land besiegen, ein kleines Land kann eine Großmacht besiegen. Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln."**

Das ist ein heroisches Beispiel für alle Völker der Welt. Heute sind es die beiden Supermächte, die sowjetischen Sozialimperialisten und die amerikanischen Imperialisten, die ihre Hände nach allen Völkern der Welt ausstrecken und die Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen bedrohen, die sich unvermeidlich gegenseitig an die Gurgel gehen werden, in der Hoffnung, die Welt neu aufzuteilen und die Weltherrschaft zu erringen.

Vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen überall, die Schwäche der amerikanischen Imperialisten auszunutzen, und die Völker, die um ihre Befreiung kämpfen, unter ihr Joch zu zwingen. Die sowjetischen Sozialimperialisten brüsten sich gerade jetzt damit, daß sie die „natürlichen Verbündeten" der Befreiungskämpfer sind. Wie aber sehen die Tatsachen aus? Wie sieht die „Hilfe" und „Unterstützung" der Neuen Zaren im Kreml für die Völker Indochinas aus? In den letzten beiden Jahren haben die sowjetischen Sozialimperialisten ihre Beziehungen zu den reaktionären Regimes in Südostasien ständig ausgebaut und sogar Waffen an die indonesischen Faschisten und die Reaktionäre in Malaysia und Burma geschickt. In ihren Händen werden diese Waffen dazu benutzt, um die Völker, die um ihre Befreiung kämpfen, zu unterdrücken, während die damit verbundenen Kredite diese Regimes in die Abhängigkeit der Neuen Zaren im Kreml bringen sollen. Der ägyptische Präsident Sadat hat vor der ganzen Welt den Charakter der „Waffenhilfe" und Kredite der sowjetischen Sozialimperialisten an sein Land enthüllt, die nur den Zweck hatten, Ägypten zu versklaven. Ihre „Hilfe" und „Unterstützung", mit der sie sich in Indochina brüsten, ist vom selben Schlag.

Angesichts der glänzenden Erfolge des kambodschanischen Volkes haben die Neuen Zaren im Kreml in der letzten Zeit einen Artikel nach dem anderen veröffentlicht, in denen sie erklärten daß sie immer an der Seite des gerechten Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes gestanden hätten. Zur gleichen Zeit aber wurde offenbar, daß sie erst jetzt die „Diplomaten" Lon Nols „ersucht" haben, Moskau zu verlassen und ihre eigene Botschaft in Phnom Penh aufzulösen; und im August 1973 veröffentlichte die „Iswestija" offen einen Plan, mit dem die Teilung der Macht zwischen dem faschistischen Lon Nol-Regime und der Nationalen Einheitsfront verankert werden sollte. Diese und ähnliche Manöver unternahmen die sowjetischen Sozialimperialisten, um sich den Weg für eine zukünftige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kambodschas zu bahnen und den Befreiungskampf des Volkes zu unterhöhlen, und an die Stelle der amerikanischen Imperialisten zu treten.

Für die amerikanischen Imperialisten sind die Siege der Völker Indochinas in ihrem Befreiungskrieg tatsächlich ein „historisches Debakel", wie ihr Kriegsminister Schlesinger offen zugab. Diese Siege sind aber auch für die sowjetischen Sozialimperialisten ein schwerer Schlag, denn sie haben gezeigt, daß der revolutionäre Volkskrieg, der gerechte Krieg zur Verteidigung und Wahrung der Unabhängigkeit und Freiheit gegen die Aggression und Unterdrückung durch die beiden Supermächte unbesiegbar ist. **Deshalb sind die Siege des kambodschanischen und des vietnamesischen Volkes von großer Bedeutung für uns.**

Der Schwerpunkt der Rivalität der beiden Supermächte liegt in Europa. Die amerikanischen Imperialisten haben sich beeilt zu erklären, daß keine „falschen Zusammenhänge" zwischen Südostasien und Europa gezogen werden dürften. Eine Delegation amerikanischer Senatoren mit dem ehemaligen Vizepräsidenten Humphrey an der Spitze, die in die Bundesrepublik gekommen waren, um die US-Besatzertruppen zu inspizieren, äußerte in Westberlin, daß diese Stadt „sowohl im Herzen des amerikanischen Volkes wie auch in der Sicherheitspolitik der USA einen besonderen Platz" einnimmt. Die kürzliche Verstärkung der Kampfverbände der amerikanischen Imperialisten in der Bundesrepublik zeigt ebenfalls, daß Europa die wichtigste Front der beiden Supermächte in ihrem Kampf um die Vorherrschaft in der Welt ist.

Es sind aber vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten, die die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und Nationen Westeuropas bedrohen. Vom Nordkap bis zum Mittelmeer haben sie eine gewaltige Truppenkonzentration des aggressiven Warschauer Paktes zusammengezogen und an der nördlichen und südlichen Flanke unseres Kontinents verstärken sie ihren Druck auf die kleinen Nationen. Sie reden von Frieden und Entspannung, um die Wachsamkeit der Völker einzuschläfern, sie reden von wirtschaftlicher Kooperation, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der westeuropäischen Länder auszunutzen, daraus politisches Kapital zu schlagen und in die Wirtschaft der westeuropäischen Länder einzudringen.

Die beiden Supermächte, besonders die sowjetischen Sozialimperialisten, wollen die Völker und Nationen Westeuropas versklaven; ihr Kampf um die Vorherrschaft in der Welt wird unvermeidlich zum Krieg zwischen ihnen führen.

Bereiten wir uns darauf vor. Das vietnamesische und das kambodschanische Volk haben uns den Weg gezeigt, den wir im Kampf gegen die beiden Supermächte und vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten gehen müssen. Das ist der Weg des revolutionären Volkskrieges, gegen die Aggression und Versklavung durch die beiden Supermächte und vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten, das ist der Weg der proletarischen Revolution gegen die westdeutschen Imperialisten, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

ES LEBEN DIE HEROISCHEN VÖLKER VON VIETNAM UND KAMBODSCHA!

ES LEBE DER SIEG IM VOLKSKRIEG!

NIEDER MIT DEN BEIDEN SUPERMÄCHTEN!

Spendet zur Unterstützung des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT:	WELLENLÄNGE:
1. Programm:	
13.00 — 13.30	32 und 41 Meter
16.00 — 16.30	32 und 41 Meter
19.00 — 19.30	41 und 50 Meter
2. Programm:	
14.30 — 15.00	32 und 41 Meter
18.00 — 18.30	32 und 41 Meter
21.30 — 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
3. Programm:	
6.00 — 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 — 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

RADIO PEKING

im Winter 43,5 42,8 und 38.5 Meter
im Sommer 26,2 Meter
jeweils 19.00 — 20.00 und 21.00 — 22.00 Uhr



32 Meter entspricht 9,26 MHz; 41 Meter entspricht 7,23 MHz; 50 Meter entspricht 5,95 MHz; 215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.

DDR - Film an westdeutschen Gymnasien

Ein Machwerk gegen den Kommunismus

Korrespondenz. Zur Zeit haben die DDR-Revisionisten an westdeutschen Gymnasien einen Film in Umlauf gesetzt, der vornehmlich im Deutschunterricht der Oberstufen gezeigt wird. Aufhänger ist der 223. Geburtstag Goethes und seine Verbindung zur Stadt Weimar.

Dieses Machwerk ist in seiner ganzen Form und vor allem in seinem Inhalt ein schlagender Beweis dafür, daß in der ehemals sozialistischen DDR heute die Bourgeoisie wieder die Macht in den Händen hält, daß mit dieser Machtergreifung auch die ganze dekadente bürgerliche Geschichts- und Kulturideologie zur herrschenden Ideologie geworden ist.

Die Rahmenhandlung des Films: Eine Gruppe von West-Touristen wird von einem senilen Fremdenführer in die Schönheiten der Stadt Weimar eingewiesen. Das ganze sieht dann so aus, daß unter den Klängen entrückter Sphärenmusik der alte Mann zum Marktplatz radelt (gefilmt im dämmrigen Gegenlicht der aufgehenden Sonne) wo er sein Rad vor dem Rathaus abstellt. Den Touristen erklärt er: „Dort wohnt unser verehrter Herr Bürgermeister, der die Güte hat, immer auf mein Fahrrad aufzupassen!" Den verehrten Herrn Bürgermeister bekommt man dann auch prompt zu Gesicht. Auf einer Parkbank sitzend, neben sich einen fürchterlich dekadent wirkenden Pudel, den er fortwährend kneift und streichelt („Du darfst jetzt nicht reden, Schnuckel") teilt er den Zuschauern mit, daß er als Münchner im schönen Weimar seine neue Heimat gefunden hat. Das wär's.

Und in diesem Stil geht es dann immer weiter. Ein Germanist namens Vulpius tritt auf und brüstet sich, in der Kulisse seines ganz mit Original-Biedermeier-Möbeln eingerichteten Zimmers, damit, daß von ihm eine direkte Linie zu dem Weimarer Schauerromanschriftsteller Christian August Vulpius geht. Gleichermaßen ein Musikdozent, dessen Lehrer ein Schüler eines Schülers von Franz Liszt war.

Dann zeigt man minutenlang einen Gottesdienst in der vollbesetzten (!) Herder-Kirche, nicht nur, weil J. S. Bach hier Orgel zu spielen geruhte, nein, sondern weil im Anschluß an die ganze Litanei der Oberpfaffe stolz darüber berichten darf, daß es der Kirche heute in der DDR wieder sehr viel besser ginge, wohl weil es ihr heute von den „S"ED-Revisionisten immer leichter gemacht wird, ihr Opium unters Volk zu bringen, um es damit zu vergiften!

Kein Arbeiter, kein Angestellter, kein Bauer kam hier zu Wort! Kein Sterbenswörtchen über die großen revolutionären Traditionen und die Kultur des Volkes. Doch die modernen Revisionisten werden noch unverschämter: **Sie stellen nämlich die heldenhaften Kämpfe des deutschen Proletariats, der Arbeiter und Soldatenräte im Jahr 1918 als Zeit der „Wirren" und der „Unruhen" dar, unterlegten einen viertelminütigen (!) Filmausschnitt mit dumpf-tönender Musik und brüsteten sich anschließend damit, daß sich „das deutsche Volk" in Weimar seine neue Verfassung gab. Das ist ein Schlag ins Gesicht der gesamten deutschen Arbeiterklasse! Denn diese Zeit nach dem I. imperialistischen Weltkrieg war eine Zeit des revolutionären Kampfes des deutschen Volkes für den Sturz der Ausbeuterherrschaft, für den Sieg des Sozialismus. Und an dieser Weimarer Verfassung klebt das Blut der von Noske niedergemetzelten Arbeiter. Sie war der vorläufige Sieg der SPD-Verräter und mit ihnen der gesamten Bourgeoisie über die Revolution. Das sind die Traditionen, an denen die modernen Revisionisten vom Schlage der „S"ED und der D„K"P anknüpfen!**

Auf den Gipfel trieben sie ihre widerliche bürgerliche Propaganda allerdings, als sie Bilder aus dem Konzentrationslager Buchenwald zeigten. Untergehende Sonne, blutrot hinter verrostetem Stacheldraht. Und nicht ein Wort darüber, daß genau an diesem Ort der große Führer des deutschen Proletariats, Genosse Ernst Thälmann von den NS-Faschisten gefoltert und ermordet wurde! Dazu gehört schon ein solches Maß an Verkommenheit, wie man es selten erlebt.

Dieses Machwerk hat seinen Zweck, Werbung für die DDR zu machen, zumindest in unserer Schule vollständig verfehlt. Vielen Schülern ist beim Anblick dieser geballten Ladung von Unverschämtheiten und Geschichtslügen klar geworden, daß die DDR kein sozialistischer Staat ist, daß die Ausbeuterherrschaft hüben wie drüben durch den revolutionären Kampf des Proletariats zerschlagen werden muß.

Ein Rotgardist aus Buxtehude

D'K'P spaltet Front gegen Kernkraftwerk

Über Ostern waren über 10 000 Menschen nach Wyhl gekommen, um ihre Kampfentschlossenheit gegen die Verseuchung und Zerstörung der Umwelt zu demonstrieren. Der Kapitalismus, rücksichtslos seinem einzigen Gesetz, dem Gesetz des Profits, folgend, droht den Menschen ganzer Regionen die lebensnotwendige Existenzgrundlage zu rauben. Gegen die systematische Vernichtung ihres Lebensraumes — im Kaiserstuhl die Weinberge und das Klima — ist eine mächtig anwachsende Bewegung unter den Werktätigen entstanden.

Nach Wyhl und dem französischen Marckolsheim wurde jetzt das Baugelände für ein geplantes Kernkraftwerk in Kaiseraugst (Schweiz) von der Bevölkerung besetzt. Auch im Illertal häufen sich die Proteste gegen die Errichtung eines Kernkraftwerkes. Die Regierungen verstärken ihre Maßnahmen zur Unterdrückung dieser Bewegungen. Jetzt, wo immer klarer wird, daß die empörte Bevölkerung nicht aufzuhalten ist, schickt die Bourgeoisie verstärkt ihre Handlanger in die Reihen der Kämpfenden, die die Bewegung in „friedliche Bahnen" lenken sollen.

Hauptsächlich sind es Führer der D„K"P in den Bürgerinitiativen, die versuchen, die Leitung des Kampfes an sich zu reißen. Mit Arbeitslosigkeitsdrohungen und Enteignungserpressung wurde nur von den Whylern und nicht von den hauptsächlich betroffenen Weinbauern in der Umgebung eine „Volksabstimmung" durchgeführt. Dieses spalterische Manöver zeigte vielen, daß die Demokratie für die Kapitalisten und nicht für das Volk da ist. Die brutalen Polizeieinsätze hatten den Besetzern des Whyler Kampf klargemacht. Und sie handelten entsprechend ihrer Erfahrung. In dieser Situation tönen nun D„K"P und Führer von verschiedenen Bürgerinitiativen wortradikal: „Wir werden wie die Wyhler kämpfen", um dann aber im gleichen Atemzug hinzuzufügen: „bis die Regierung alle Gesetze erfüllt hat." Sie lenken die Aufmerksamkeit auf „nicht erfüllte Baugenehmigungen", „fehlende Gutachten" und „mangelnde Einhaltung gesetzlicher Vorschriften des Umweltschutzes". Derselbe Staat, der den Kapitalisten die gesetzliche Grundlage für die Verwandlung des Rheins in eine giftige Kloake geschaffen hat, der unmißverständlich zu verstehen gibt, er werde, koste es was es wolle, den Bau der Kernkraftwerke durchsetzen, soll jetzt plötzlich die Interessen des werktätigen Volkes durchsetzen, soll den Kapitalisten verbieten, Profite zu machen?

Und die „UZ", Zeitung der D„K"P, schwärmt sogar unter der Forderung „Oberrhein soll kernkraftwerkfreie Zone werden", „... daß die Mehrheit der Bevölkerung viel erreichen kann, wenn sie einig handelt". Das entscheidende ist allerdings, worauf das einige Handeln ausgerichtet ist! Es auf Eingaben und Unterschriftensammlungen an die Regierung zu lenken, ist Betrug. **Das einige Handeln der Massen muß auf den revolutionären Klassenkampf gegen die Kapitalistenklasse, ihre Regierung, ihren Staat und allerdings auch gegen diejenigen Führer in der Bewegung gerichtet werden, die mit falschen Versprechungen und Illusionen die Kämpfenden an ihre Unterdrücker und Ausbeuter zu fesseln versuchen.**

D'K'P - Propaganda für Kremlzaren verhindert

Vergangene Woche starteten die D„K"P-Revisionisten in Bochum eine besonders dreiste Provokation: Sie kündigten eine Veranstaltung mit dem Thema „Antikommunismus und Antisowjetismus" an, auf der sie den Film „Frieden und Freundschaft" (mit der Sowjetunion) zeigen wollten. Doch ihr Plan sollte diesmal kläglich scheitern.

Als ein etwa 35 Mann starker Trupp der Partei das Versammlungslokal betrat, war bereits alles zur Vorführung des Propagandafilms für den Sozialimperialismus vorbereitet. Die Revisionisten wollten gerade — Entschuldigungen wegen des schwachen Andrangs stammelnd — ihren „Bildungsabend" eröffnen. Sie kamen jedoch nicht weit damit, denn die Partei übernahm die Versammlungsleitung und stellte klar, daß die KPD/ML jetzt über das Thema „Der Antikommunismus der sowjetischen Sozialimperialisten" sprechen wird. Kaum hatte der erste Redner der Partei zu diesem Thema gesprochen, als plötzlich das Filmkabel verschwunden war. Die Revisionisten jammerten nach dem Kabel und beklagten unsere Überzahl, die ihnen einen ihrer sonst bei solchen Anlässen üblichen Schlägerangriffe unmöglich machte.

Als ein Genosse sehr ausführlich und scharf die Verbrechen der sowjetischen Sozialimperialisten, sowie der revisionistischen Parteien anprangerte, waren die sonst so wortradikalen und „schlag"fertigen Revisionistenführer fast gänzlich sprachlos. Die einzige „Antwort" des D„K"P-Bildungsabendleiters war: „Ich will hier unseren Bildungsabend durchführen und mich nicht von euch als Revisionist entlarven lassen." Folgerichtig forderte er daraufhin seine Getreuen und die Interessenten die gekommen waren auf, zu gehen.

Ein ebenfalls anwesender „K"BW-Häuptling zeigte nun noch deutlich, auf welcher Seite seine Organisation steht: Er griff die Partei an, weil sie nicht den ideologischen Kampf mit der D„K"P führe, indem sie die D„K"P reden und ihren Film vorführen läßt, sondern einfach die Veranstaltung der Revisionisten verhindert. Doch auch die Schützenhilfe ihrer Wasserträger konnte die modernen Revisionisten nicht davor bewahren, daß schließlich alle neu gekommenen Interessenten bei der KPD/ML blieben, und sie allein den Raum verließen, noch dazu ohne ihren Hetzfilm wiederzufinden.

Die Propaganda der D„K"P-Revisionisten für den sowjetischen Sozialimperialismus zu verhindern, ist besonders wichtig in einer Zeit, in der die sowjetischen Sozialimperialisten einen dritten Weltkrieg schüren, wo sie mit dem US-Imperialisten um die Vorherrschaft in Europa konkurrieren und deshalb ihre Truppen an der Grenze zu Westeuropa konzentrieren; zur gleichen Zeit, wo sie in der DDR das deutsche Volk unter sozialfaschistischer Knute halten, um sich den Ertrag seiner Arbeit zu sichern, wagen es die D„K"P-Revisionisten, die sowjetische Supermacht als Friedenstaube hinzustellen, mit der die Völker Freundschaft pflegen sollen. Doch Freundschaft und Frieden mit den Sozialimperialisten halten heißt nichts anderes, als sich ihnen kampflos zu unterwerfen. Mit ihrem Friedens-Freundschafts-Eierkuchen Gesäusel wollen die D„K"P-Revisionisten die Wachsamkeit des deutschen Volkes gegen die Sozialimperialistische Gefahr einschläfern, mit ihrem Geschrei wollen sie die Schüsse an der Mauer übertönen.

Unsere Partei wird, wann immer es ihr möglich ist, verhindern, daß die D„K"P die Sozialimperialisten und Faschisten, die in der ehemals sozialistischen Sowjetunion die Macht an sich rissen, als friedliebende Kommunisten darstellt.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26
hiermit bestelle ich

ROTER MORGEN

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte
Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname.............................

Beruf.............................

Postleitzahl/Ort.............................

Straße.............................
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum............... Unterschrift.............................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BOCHUM
Dorstenerstr. 86. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19 Uhr Sa: 10-13 Uhr

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18 Uhr. Sa: 10-14 Uhr.

DUISBURG
Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19. Sa: 10-13 Uhr

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

KÖLN
Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19 Uhr, Sa: 9-13 Uhr

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089/77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Bernhart Ernst Str. 6, Öffnungszeiten: Mo. – Fr. 16 – 18.30 Uhr, Sa. 11 – 14 Uhr

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030/465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

MARBURG
Kulturabend des KSB/ML zur Unterstützung der Wahl in NRW, 9. 4., 20 Uhr, „Straßburger Hof"

MÜNCHEN
Veranstaltung zu den Betriebsratswahlen, 15. 4., 19 Uhr, Gaststätte „Günter Kamerad", Wallensteinstraße.

KÖLN
Was will die KPD/ML?, 18. 4., Gaststätte „Thüringer Hof", in der Kempener Str.

DER AUFBAU DER BOLSCHEWISTISCHEN PARTEI IM KAMPF GEGEN DEN MODERNEN REVISIONISMUS

BESTELLUNGEN an: Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postf. 11 16 49. Tel.: 040/4 10 17 36.

NEUERSCHEINUNG

im Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking:

Chinesische Akrobatik
Ein farbiger Bildband mit chinesischer Akrobatik, 107 Seiten,
Preis DM 5,95

SALUD Y VICTORIAS EN LA LUCHA CONTRA EL FASCISMO YEL IMPERIALISMO PARA EL ANO 1975! F. R. A. P.
Großer, farbiger Kalender der FRAP für 1975. Mit sechs farbigen Abreißbildern! Format DIN A 3, Preis DM 10,–

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
PSchKto Hmb 1935 72 – 207
Tel.: 040/4 10 17 36